

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

### Heut bringt die SAZ:

- Wachsender Mordterror der Nazis
- Konterrevolutionäre Maßnahmen in Spanien
- Achtungserfolg der SAP
- Aussperrung von 10000 Berg- und Hüttenarbeitern
- Der Tote am Führerstand
- Der Komödie letzter Akt
- „Armut fördert die Verdauung“
- Wieder Erwerbslosen-Protest-Bewegung

## Lippe-Detmold hat gewählt!

### Nazis und SPD gewinnen, Deutschnationale und Kommunisten verlieren

### Lippe und die nationale Konzentration

Die Verworfenheit, die in den politischen Parteien des deutschen Bürgerturns herrscht, wird vielleicht am besten gekennzeichnet durch die Bedeutung, die die Landtagswahl in Lippe-Detmold durch die Entwicklung der letzten Zeit erhalten hat. Da wird in einem Ländchen, dessen Wählerzahl kaum den vierhundertsten Teil der deutschen Wähler ausmacht, die Neuwahl eines lippischen Parlaments von 21 Abgeordneten vorgenommen und ganz Deutschland, ja sogar das Ausland warten auf das Ergebnis dieses epochenmachenden Wahlganges. Man wartete — teils, weil jede Atempause, jede Hinmüßigkeit der notwendigen Entscheidungen schon als Vorteil erscheint — teils, weil man auf irgendein Wunder, einen sensationellen Wahlausgang, auf eine aus den lippischen Wahlen emporsteigende plötzliche Erleuchtung hoffte.

Nun ist das Ergebnis da. Für den Zeitgenossen, der sich einen klaren Kopf bewahrt hatte, stand von vornherein fest, daß keine Sensationen zu erwarten waren — und so ist es denn auch gekommen. Die Deutschnationalen haben ein paar tausend Stimmen verloren; wahrscheinlich haben sie Fehler in der Behandlung örtlicher Fragen gemacht, vielleicht auch wenig zugkräftige Kandidaten aufgestellt — man weiß ja, was alles bei solchen Wahlen, die man ihrem Charakter nach nur mit Kommunalwahlen vergleichen kann, eine Rolle spielt. Die Nationalsozialisten haben die Verluste der Deutschnationalen aufgefangen und noch ein wenig darüber hinaus gewonnen, aber das kann zu einem wesentlichen Teil daran liegen, daß es ihnen möglich war, ihren gewaltigen Agitationsapparat aus dem ganzen Reich auf ein winziges Gebiet zu konzentrieren. Die Sozialdemokraten haben verhältnismäßig günstig abgeschnitten, während die Kommunisten Verluste zu verzeichnen haben — doch auch hier wäre es verfehlt, aus diesem wesentlich örtlich begründeten Ergebnis allgemein politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die sozialdemokratische Parteiführung wird wie sich leicht voraussehen läßt, den Wahlausgang von Lippe-Detmold als Bestätigung für ihre richtige Politik, als Vertrauensvotum des Proletariats, als Zeichen des neuen sozialdemokratischen Aufstiegs plakatieren. Eine sachliche Berechtigung gibt es hierfür nicht, denn alle anderen Wahlen und sonstigen Maßstäbe der letzten Jahre reden eine andere Sprache als die Zahlen aus dem Teutoburger Wald.

Für die weitere Entwicklung der deutschen Innenpolitik hat nur der Stimmengewinn der NSDAP eine gewisse Bedeutung. Die nationalsozialistische Parteiführung erhebt bereits ein fanatisches Triumphgeschrei, und es ist anzunehmen, daß dieses Triumphierens vorläufig kein Ende sein wird. Hitler und seine Unterführer brauchen diesen aufgebauchten Erfolg, um die aufgeregte Stimmung der SA-Mannschaften und die wachsende Unzufriedenheit derjenigen, die sich trotz Mitgliedschaft in

Detmold, 16. Januar.  
Nach dem amtlichen Ergebnis der gestrigen Landtagswahl erhielten:

- Sozialdemokraten 29 735 (Reichstagswahl 6. 11. 1932 25 782, Landtagswahl 6. 1. 1929 31 540),
- Deutsche Volkspartei 4352 (3628 bzw. 10 054),
- Deutschnationale 5923 (9414 bzw. 9576),
- Lippisches Landvolk 700 (510 bzw. 6412),
- Kommunisten 11 026 (14 601 bzw. 4987),
- Staatspartei 828 (558 bzw. 4497),
- Nationalsozialisten 38 844 (33 038 bzw. 2713),
- Katholische Volksvertretung 2531 (2459 bzw. 2313),
- Evangelischer Volksdienst 4510 (4079 bzw. nicht vertreten).

Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 7 (bisher 9), DVP 1 (bisher 3), DNV 1 (bisher 3), Lippisches Landvolk 0 (bisher 1), Kommunisten 2 (bisher 1), Staatspartei 0 (bisher 1), Nationalsozialisten 9 (bisher 1), Katholische Volksvertretung 0 (0), Evangelischer Volksdienst 1 (0).

### Schwierige Regierungsbildung

Detmold, 16. Januar.  
CNB. Nach dem Ergebnis der Landtagswahl in Lippe besteht die bisher aus 9 Sozialdemokraten, 1 Staatspartei und 1 Volksrechtsparteier zusammengesetzte Koalition nicht mehr. Eine neue Regierungsbildung wäre durch ein Zusammengehen zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen unter Hinzuziehung des Volksparteilers oder des Vertreters des Evangelischen Volksdienstes möglich. Ob sie allerdings — vor allem die Deutsche Volkspartei — sich zu einer solchen Koalition bereit erklären werden, ist noch fraglich.

### Triumphgeschrei der NSDAP

München, 16. Januar.  
CNB. Zum Ergebnis der Wahlen in Lippe veröffentlicht die Reichspressestelle der NSDAP eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Der heutige Wahlsieg der NSDAP widerlegt nicht nur in überraschender Weise die gegnerischen Behauptungen von dem Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung, sondern ist auch der beste Beweis dafür, daß die Stagnation der NSDAP völlig überwunden ist, und daß eine neue Aufwärtsentwicklung der Bewegung nun begonnen hat. Die nationalsozialistische Welle steigt wieder. Die NSDAP ist aus der Verteidigung wieder zum siegreichen Angriff übergegangen. Das ist die politische Schlussfolgerung aus dieser Wahl. Die nächsten Wochen und Monate werden ganz Deutschland im Zeichen dieses neuen Erwachens und verstärkten Angriffes sehen, der die Bewegung gegenüber dem Zusammenbruch der anderen wie eine Sturmflut weiter tragen wird. Die Partei wird alle faulen Kompromisse ablehnen.

### Bürgerliche Pressestimmen

Berlin, 16. Januar.  
CNB. Von den Berliner Montagsblättern, die das Ergebnis der Landtagswahl in Lippe in großer Aufmachung auf der Kopfsite

bringen, schreibt der „Montag“ unter Hinweis auf den Verlust der Deutschnationalen: Die Deutschnationalen haben durch örtlich ungünstige Listenaufstellung sich angesichts der außerordentlichen Agitation der Nationalsozialisten von vornherein schlecht gestellt. Es sind auch in Lippe selbst politische Fehler gemacht worden, die zu dem Rückgang der deutschnationalen Stimmen beigetragen haben. Die „Montagspost“ schreibt: Das Ergebnis ist vor allem: Keine grundlegende Umgruppierung. Im Vergleich zu den nationalsozialistischen Anstrengungen ist das Ergebnis mager: Lediglich eine Koalition der Rechten, Nazi-Deutschnationale-Deutsche Volkspartei, ist möglich. Also eine Koalition, die nach den Erfahrungen in anderen Städten und Staaten infolge innerer Rivalitäten kaum produktiv arbeiten können wird.

## Schleicher droht mit neuer Pressekebelung

Berlin, 15. Januar.  
CNB. Von zuständiger Stelle wird im Auftrage des Reichskanzlers auf die Erklärungen hingewiesen, die der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede im Dezember vergangenen Jahres zu der Aufhebung der Pressenotverordnungen gemacht hat. Der Reichskanzler hatte damals ausgeführt, daß er dem Reichspräsidenten die Aufhebung dieser Verordnungen vorschlagen werde und der Erwartung Ausdruck gebe, daß die Aufhebung zu keinem Mißbrauch führen werde. Für diesen Fall hatte der Kanzler angekündigt, daß er dann genötigt sei,

dem Reichspräsidenten durchgreifende Maßnahmen vorzuschlagen.

Diesen Vorschlag würde er aber nur sehr ungern und nicht ohne vorherige Warnung an die Öffentlichkeit machen.

Diese Warnung wird von zuständiger Stelle im Auftrage des Reichskanzlers jetzt ausgesprochen.

Es wird darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen nicht nur in einer Reihe von Fällen verhetzende und verächtlichmachende Äußerungen über Persönlichkeiten der Reichsregierung erfolgt sind, sondern daß darüber hinaus Aufforderungen zu offenem Widerstande gegen die Staatsgewalt gemacht wurden, die als schwerste Störung der Ruhe und Ordnung anzusehen sind. Als solche Äußerungen bezeichnet man die Entschließung des Pommerischen Landbundes, in deren Schlußsatz die Aufforderung enthalten ist, jeder Pommer müsse seine Scholle gegen jeden Zugriff schützen. Weiter sieht man auch eine Zeichnung in der heutigen Nummer des

Völkischen Beobachters, die protestierenden Landleute in drohender Haltung wiedergibt, als eine Aufreizung an.

Man erklärt an zuständiger Stelle, daß die Staatsgewalt sich derartige Dinge nicht gefallen lassen könne.

Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß kein Mißbrauch der Pressefreiheit erfolgen und die notwendigen Grenzen nicht überschritten werden.

Bei ihren etwa notwendig werdenden Maßnahmen wird die Reichsregierung sich nicht mit Halbheiten begnügen.

Die Presseorgane, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören, werden empfindlich und auf längere Zeit betroffen werden. Man werde auch nicht davor zurückschrecken, gegen die beteiligten Persönlichkeiten energisch vorzugehen.

Die Warnung oder richtiger gesagt, die Drohung des Reichskanzlers nimmt ihren Ausgang von einer Kritik rechtsoppositioneller Blätter. Das darf uns aber nicht täuschen. Selbst wenn eine neue Pressenotverordnung ihrem Anlaß nach gegen rechts gerichtet wäre, würde sie in der Praxis sehr schnell zu einer Kebelung der proletarischen Presse führen. Daher muß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung sofort in schärfster Form gegen jede neue Notverordnung dieser Art Protest erheben und den Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterpresse schon jetzt vorbereiten.

## Wachsender Nazi-Terror

### Die Blutbilanz vom Sonntag

Detmold, 15. Januar.  
Aus dem kleinen Dörfchen Leopoldshöhe wird ein scheußlicher Ueberfall auf den Leiter des lippischen Konsumvereins gemeldet. Vier Nationalsozialisten bearbeiteten den Ueberfallenen so, daß er besinnungslos liegen blieb. Auf dem Boden liegend, traten sie mit schweren Stiefeln auf ihm herum. Das Gesicht des Ueberfallenen ist so entstellt, daß er weder sehen noch sprechen konnte. Die nationalsozialistischen Strolche konnten unermüdet entkommen.

Detmold, 16. Januar.  
WTB. In später Abendstunde kam es in Leopoldshöhe, wo der Verwalter der Filiale des Groß-Lippischen Konsumvereins von SA-Leuten angefallen worden war, zu schweren Ausschreitungen zwischen etwa 60 bis 70 Reichsbanner- und SA-Leuten, in deren Verlauf ungefähr fünfzehn Schüsse gewechselt wurden. Nach den bisherigen Feststellungen sind fünf Personen verletzt worden. Ein SA-Mann er-

hielt einen Kopfstreife, während drei Reichsbannerleute Schüsse in den Ober- und Unterarm erhielten. Die Filiale des Konsumvereins wurde völlig zerstört und die Auslagen auf die Straße geworfen. Auch die Fenster der im Erdgeschoß liegenden Wohnungen wurden zertrümmert. Die Polizei beschlagnahmte bei den Teilnehmern der Ausschreitungen noch 35 Schuß Munition, Schlagringe, Gummiknüppel und Dolche.

Köln, 15. Januar.  
WTB. Am Sonntagnachmittag veranstalteten die Nationalsozialisten einen Umzug durch die Stadt als Auftakt zu einer Kundgebung in der Messehalle. Dabei kam es zu erheblichen kommunistischen Ansammlungen. Polizeibeamte wurden täglich angegriffen. Ein Beamter, den die Kommunisten entwarfen (?) wollten, machte von der Schutzwalfe Gebrauch, wobei ein Arbeiter tödlich getroffen wurde.

Berlin, 15. Januar.  
In der Nacht zum Sonntag wurden in Britz

zwei Arbeiter aus Neukölln von nicht NSDAP-Mitgliedern niedergeschlagen und erheblich am Kopfe verletzt.

Nach Mitternacht betreten sieben Nazis ein kommunistisches Lokal in Neukölln, morgens 3 Uhr verließen sie es mit dem Ruf „Heil Hitler“, worauf die anwesenden Arbeiter mit „Rot Front“ antworteten. Die Nazis drangen wieder in das Lokal ein und eröffneten ein wildes Feuer auf die anwesenden Gäste. Dabei gab es zwei Verletzte. Die Täter flüchteten. Bei ihrer Verfolgung gab es weitere sechs Schüsse ab, die aber niemand verletzten.

Gegen 4 Uhr früh wurde ein KPD-Lokal in Britz erneut von Mitgliedern der NSDAP beschossen. Verletzt wurde niemand.

Am Sonntag nachmittag wurde in der Großen Frankfurter Allee ein etwa 1500 Mann starker Demonstrationszug der KPD wegen Singens verbotener Lieder von der Polizei aufgelöst. Die Demonstranten reagierten mit Steinwürfen. Die Beamten gaben mehrere Schreckschüsse und zwei schaufe Schüsse ab. Verletzt wurde niemand.

# „Die allgemeine Wehrpflicht ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel“

Schleicher spricht im Kyffhäuserbund — Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister Seite an Seite mit den Hohenzollern

der NSDAP ein kritisches Denken bewahrt haben, zu beschwichtigen und zu überhöhen. Es ist nicht auszuschließen, daß der Erfolg von Lippe-Deinhold für eine kurze Zeitspanne der nationalsozialistischen Führung eine gewisse Unterstützung der Entscheidung verschafft, da über die Seite in der NSDAP zwar durch die Mißerfolge der letzten Wahlen zurückgedrängt worden ist, aber viel höhere Chancen hat, so, und diese Entscheidung vorübergehender Grund sein und die Auseinandersetzungen in der NSDAP nicht aus der Welt schaffen.

Gerade darum muß Hitler alle Anstrengungen machen, den Erfolg des 15. Januar so rasch wie möglich in ein praktisches Ergebnis umzuwandeln. Die nationalsozialistische Pressestelle erklärt unmissverständlich eine Politik der Kompromisse komme jetzt auf keinen Fall in Frage. Diese Ankündigung ist nur für die Öffentlichkeit bestimmt. In Wirklichkeit wird Hitler wahrscheinlich schon in dieser Stunde bemüht sein, die Verhandlungen nach allen möglichen Seiten, mit Papen, mit Hugenberg, mit Schleicher, vielleicht auch mit Strasser und mit Stegerwald oder Brüning, wieder aufzunehmen bzw. weiterzuführen mit dem Ziel, eine möglichst hohe Quote für sich und seine Partei bei einer Regierungsbeteiligung herauszuschlagen. Gerade dieses Ziel verleiht (neben den innerparteilichen Zwecken) die nationalsozialistische Parteilinie dem Wahlergebnis von Lippe eine so gewaltige Bedeutung zuzusprechen.

Es steht fest, daß die grundsätzliche Bereitschaft zu einem Zusammenwirken mit den Nationalsozialisten bei der jetzigen Regierung, bei den Deutschen, bei der Deutschen Volkspartei und trotz einzelner Bedenken auch beim Zentrum vorhanden ist. Dieser Wille zur „nationalen Konzentration“ stammt nicht nur aus dem Bestreben, den Schwierigkeiten des Tages mit einer Regierung, die eine Massenbasis besitzt, entgegenzutreten — nein, dieser Wille zur „nationalen Konzentration“ erwächst vor allem aus den weiterreichenden politischen Plänen der herrschenden Klasse Deutschlands. Die Rede, die der Reichskanzler und Reichswehrminister v. Schleicher am Sonntag im Kyffhäuserbund für die Wiedereinführung der Wehrpflicht gehalten hat, ist ein neues Kennzeichen für die immer offener zutage tretenden imperialistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie. Die herrschende Klasse ist sich darüber im klaren, daß diese Pläne, je näher sie der Verwirklichung und damit der notwendigen Auslösung kriegerischer Konsequenzen kommen, dem wachsenden Widerstand des Massenbewußten Teils der deutschen Arbeiterschaft begegnen müssen. Die deutsche Bourgeoisie weiß daher, daß sie diese Pläne für ein neues Deutsches Reich mit erweiterten Grenzen und mit konterrevolutionärer Regierung nur verwirklichen kann, wenn sie den „nationalen“ Teil des deutschen Volkes sammelt und ihren politischen Zielen dienstbar macht.

Das ist die große Linie der deutschen Politik, die man immer wieder aus den kleinen Ereignissen des Tages herauslesen muß. An dieser nationalen Konzentration wird in den nächsten Tagen von Hindenburg und Hugenberg, von Hitler und Strasser, von Kaas und Stegerwald fieberhaft gearbeitet werden. Ob jetzt eine Zwischenlösung oder gleich die volle Verständigung zustande kommt oder ob sich alles noch ein paar Wochen oder Monate hinschleppt, — das vorauszusagen, gehört freilich nicht mehr zu dem Aufgabenbereich ernsthafter Politiker. Die Voraussetzung dieser Entwicklung auf eroffene Sicht ergibt sich hingegen aus der Analyse der gesellschaftlichen Kräfte, aus der marxistischen Betrachtung der Gesamtsituation.

Für die deutsche Arbeiterschaft erwächst aus dieser Betrachtung die Aufgabe des schärfsten Widerstandes gegen diese Entwicklung, die Notwendigkeit der Bereitschaft, mit allen Mitteln dieser systematischen Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges entgegenzuwirken. Aus dem Ergebnis der lippeischen Wahlen im besonderen muß die Arbeiterschaft erkennen, wie falsch die Behauptung der reformistischen Führer ist, die NSDAP sei endgültig zersetzt und die von dieser Partei ausgehende Gefahr sei überwunden. So sehr, wie gesagt, der nationalsozialistische Erfolg in Lippe örtlich bedingt sein mag und so wenig dieser Erfolg die Krise in der NSDAP beheben wird — noch ist die NSDAP eine Organisation von beträchtlichem Masseneinfluß, noch sind ihre Wehrorganisationen gefährliche Organe des konterrevolutionären Terrors. Die deutsche Arbeiterschaft hat daher allen Anlaß, aus den Ereignissen des Sonntags — den Wahlen in Lippe und der Rede Schleichers — erneut zu ersehen, daß ohne Zeitverlust alle Kräfte für die Schaffung der revolutionären proletarischen Einheitsfront mobilgemacht werden müssen zum Kampf gegen Hitler und Schleicher, gegen Hindenburg und Hugenberg, gegen Dingeldey und Kaas, gegen die ganze nationale Konzentration!

## Völkerbundspräsident warnt Peru

WTB. Der Streit zwischen Kolumbien und Peru über die Stadt Beticia am oberen Amazonasstrom hat jetzt zu einem bemerkenswert scharfen Appell des Ratspräsidenten an die Regierung von Peru geführt. Der Ratspräsident gibt darin der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Peru als Mitglied des Völkerbundes, das noch bis vor kurzem dem Völkerbundsrat angehört habe, sich aller Handlungen enthalten werde, die nicht auf das strengste mit der Völkerbundsatzung übereinstimmen.

Rio de Janeiro, 15. Januar

Wie aus Manaus gemeldet wird, sind drei kolumbianische Kanonenboote nach Leiria abgefahren. Sie haben 2400 mit Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstete Mann an Bord. Vier weitere Kanonenboote werden in Manaus erwartet.

Berlin, 15. Januar.  
WTB. Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“ veranstaltete am Sonntag mittig in Anwesenheit seines Ehrenvorsitzenden, des Reichspräsidenten von Hindenburg, im Sportpalast unter starker Beteiligung eine Deutsche Wehrstunde.

An dieser Feier nahmen u. a. der Reichskanzler und Reichswehrminister General v. Schleicher, Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath, Reichsinnenminister Dr. Bracht, Reichsarbeitsminister Dr. Syrup, sowie zahlreiche weitere Vertreter der obersten zivilen und militärischen Stellen teil, ferner Feldmarschall v. Mackensen, der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich, Reichskanzler a. D. v. Papen, viele Generäle der alten Armee und die Bundesführer des Stahlhelms.

Nach dem Einzug der 600 Fahnen unter den Klängen alter Märsche ergriff der erste Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“, General a. D. von Horn das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. sagte: Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“, die Millionenorganisation alter Soldaten, läßt sich von dem Streben leiten, diesen Tag zu einem Feiertag und Bekannntstag des ganzen Volkes zu machen, damit es immer mehr in dem Willen gefestigt wird, das Diktat des

zweiten Versalles, das uns unsere Ehre und unsere Freiheit geraubt hat, zu überwinden. Das deutsche Volk braucht eine solche Wehrstunde! Es soll immer wieder in unsere Vergangenheit zurückgeführt werden. Wir feiern den Tag, um die Wurzelkraft unserer großen deutschen Vergangenheit, die wir noch lebendig in uns tragen, hinein zu pflanzen in die Generation, die jetzt aufwächst, damit auch sie das Werk ihrer Väter und Vorfäter, das Werk der Hohenzollern und Bismarcks, das Sturm und Not überdauerte, zusammenhält und weiter ausbaut für Friede, Freiheit und Glück des deutschen Volkes!

Hierauf hielt

## Reichskanzler v. Schleicher

folgende Ansprache: „Das Deutsche Reich, das vor 62 Jahren gegründet wurde, verdankt seine Entstehung nicht zuletzt den Ruhmesblättern einer in der Organisation zwar noch nicht zusammengeschlossenen, aber in Geist und Tapferkeit einheitlichen deutschen Armee. Unter dem Schutz dieser Armee hat Deutschland eine lange Reihe glücklicher Friedensjahre erlebt. In vier furchtbaren Kriegsjahren hat diese Armee den Feind von Deutschlands Grenzen ferngehalten. Gerade deshalb hat diese Armee, die schließlich doch das deutsche Volk in Waffen darstellte, nichts als so kränkend, unverdient, entehrend und von Seiten des Feindes unritterlich empfunden, wie das Verbot, Waffen zu tragen.“

Gilt doch dem Deutschen seit Urväter Zeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes.

Für die Wiedergewinnung seiner Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet hat daher das deutsche Volk zäh und mit heißem Herzen gekämpft, bis ihm vor kurzer Zeit dieses entscheidende Merkmal seiner Souveränität wieder zuerkannt ist, und ich kann heute nur die Worte des Herrn Reichsaußenministers wiederholen,

daß die Reichsregierung keine Abrüstungskonvention unterschreiben wird, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt.

Im übrigen wollen wir nur die gleiche Sicherheit, wie jedes andere Land, und ich möchte hier erneut betonen,

daß ich die allgemeine Wehrpflicht für ein ganz besonders erstrebenswertes Ziel halte.

Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei in erster Linie an die Miliz.

Zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht bestehen engste kameradschaftliche Beziehungen. Die heutige Wehrstunde gibt ihnen wieder einen besonderen Ausdruck, und ich hoffe, daß sich bald Mittel und Wege finden, dieses Band zwischen den im Kyffhäuser-Bund vereinten alten Soldaten und den ausgeschiedenen Reichswehrangehörigen fester zu knüpfen.“

# Konterrevolutionäre Maßnahmen in Spanien

Der spanische Ministerrat hat beschlossen, dem am 1. Februar zusammen tretenden Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch die alle Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit und gegen das Sprengstoffgesetz den Geschworenengerichten entzogen und den Militärgerichten zur Aburteilung überwiesen werden sollen.

Dieser Beschluß hat große praktische Bedeutung zunächst schon dadurch, daß aus dem allgemeinen Recht der spanischen Republik nach heftigen parlamentarischen Kämpfen die Todesstrafe gestrichen worden ist, während sie im Militärstrafrecht in Kraft blieb. Die Annahme der Regierungsvorlage würde also bedeuten, daß gegen die Aufständischen die Todesstrafe wieder angewandt wird und daß außerdem ihre Aburteilung nicht mehr vor Geschworenengerichten, sondern vor entsprechend einseitig zusammengesetzten Militärgerichten erfolgt. Ueber diese unmittelbare Bedeutung hinaus verstärkt der Beschluß der Regierung die Position des Militärs, das vielleicht heute auf dem Boden der gegebenen republikanischen Tatsachen steht, aber in späterer Zeit keinen Augenblick zögern wird, ganz unverhüllt die Geschäfte der Gegenrevolution zu besorgen. Die Entwicklung Deutschlands von 1918 bis zur Gegenwart zeigt eindeutig, wohin eine solche Politik führen muß.

Die Kampfweise der spanischen

Anarchisten, die Anwendung des individuellen Terrors, entspricht ganz gewiß nicht den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes. Dennoch muß das spanische Proletariat erkennen, daß mit diesen konterrevolutionären Maßnahmen der Regierung indirekt die gesamte spanische Arbeiterbewegung in ihren künftigen Kampfmöglichkeiten bedroht ist. Das gesamte spanische Proletariat muß sich daher gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen.

## „Neue Aktion gegen die Aufrührer“

Madrid, 13. Januar.

WTB. Nach Zeitungsmeldungen aus Medina Sidonia (Provinz Cadix) ist es bei Casas Viejas erneut zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen und der Polizei gekommen. Der Ort selbst ist von Gendarmerie besetzt worden, die mit 50 Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die Gendarmerie hat Verstärkung angefordert, damit sie eine neue Aktion gegen die Aufrührer unternehmen kann. Man beabsichtigt, die Rebellen bis ins Gebirge zu verfolgen, wohin sie sich zurückgezogen haben.

Cordoba, 13. Januar.

Die Polizei hat heute eine syndikalistische Geheimplatzung ausgehoben. 16 Personen wurden verhaftet.

# Auslands-Rundschau

El Ferrol, 14. Januar.

Die russische Wirtschaftsdelegation, die gegenwärtig eine Studienreise nach Spanien unternimmt, besichtigte heute im Hinblick auf mögliche russische Aufträge die Erftanlagen von El Ferrol. El Ferrol liegt in Nordspanien, am Atlantischen Ozean.

London, 14. Januar.

25 prominente Mitglieder des intellektuellen Englands, darunter der Erzbischof v. York, der ehemalige Arbeitsminister Miss Margaret Bondfield, der ehemalige Innenminister Clynnes, die Häupter der bedeutendsten englischen Schulen, Wissenschaftler und Schriftsteller, fordern in einem offenen Briefe an den Völkerbund, daß dieser sich gegen die Anerkennung des Mandatschustates aussprechen soll.

London, 15. Januar.

Die Zusammenfassung aller Baumwollweber in Lancashire in eine große Gewerkschaft wird am Donnerstag nächster Woche von den zahlreichen Bezirksvereinen der Weber-Vereinigung erörtert werden. Bei einer Verwirklichung des Planes würden 100000 Baumwollarbeiter eine einheitliche gewerkschaftliche Vertretung erhalten.

Paris, 14. Januar.

Die Zahl der unterstützten Arbeitlosen in Frankreich ist in der letzten Woche um 7240 gestiegen. Sie betrug am letzten Stichtag 281349.

Prog. 14. Januar.

In der heutigen Ministerratssitzung wurde das Abkommen mit Deutschland über den Nachrichtenaustausch bei Ausbruch ansteckender Krankheiten im Grenzgebiet beider Staaten gebilligt.

Warschau, 15. Januar.

Bei der Besprechung des Justizbudgets im Haushaltsausschuß des Seim wurden die im polnischen Justizwesen herrschenden Zustände von den oppositionellen Rednern scharf kritisiert. So nannte der frühere Senatsmarschall Trampczynski die Zeit von „Pilsudskis Putsch“ bis heute eine einzige Tragödie der Gerechtigkeit und des Rechtswesens.

Der Sozialist Niedzialkowski unterstrich vor allem die hohe Zahl der Todesurteile. Vom September 1931 bis zum 1. Januar 1933 seien 107 Todesurteile vollstreckt worden gegen nur 40 Begnadigungen.

Der Justizminister Michalowski erklärte dazu, er nehme die Verantwortung für die zahlreichen Todesurteile voll auf sich.

## Achtungserfolg der SAP Starker Stimmengewinn bei Kommunalwahlen

Bruehl, 15. Januar.

WTB. Am Sonntag fanden in Bruehl nach erfolgter Zusammenlegung mit Bruehl-Land Kommunalwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten (in Klammern Vergleichszahlen der Reichstagswahl vom 6. November 1932): Wahlbeteiligung 75,4 Prozent (80 Prozent); Zentrum 4158 (5191), Sozialdemokraten 1478 (2065), Kommunisten 2486 (2262), Sozialistische Arbeiter-Partei 253 (37), NSDAP 1204 (999), Nationale Arbeitsgemeinschaft (DNVP) 588 (612), Handwerk, Gewerbe und Arbeit 75 (0), Parteilose Volksgemeinschaft 369 (0). Mandate (vorläufig): Zentrum 13, Sozialdemokraten 4, Kommunisten 3, NSDAP 3, Nationale Arbeitsgemeinschaft 1, Parteilose Volksgemeinschaft 1.

## Machtvoller Aufmarsch der SAP und des SSB in Zwickau

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Nur wenige Tage hatten wir Zeit, um den Aufmarsch vorzubereiten — um so prächtiger aber war die Demonstration am Donnerstag. Trutzige Kampfweisen singend, geführt von einem Fanfarenchor, marschierten rund 500 Schutzbündler und SAP-Genossen durch die Straßen Zwickaus. Da stauten die Spiober, und die SPD-Arbeiter wunderten sich, hatten sie von ihrer Lügenpresse doch nur von der toten SAP gehört. Viele hunderte Arbeiter standen an den Straßen und hunderte hatten sich beim Anmarsch des Zuges bereits auf dem Rathenau-Platz eingefunden. Zwei Genossen sprachen kurze packende Worte, die von der Masse begeistert aufgenommen wurden.

## Ein unerhörter Vorschlag

Die „Kreuzzeitung“, ein deutschnationales Blatt, macht wieder einmal Propaganda für ein Verbot der KPD und für gleichzeitige Kassierung der 100 kommunistischen Reichstagsmandate. Neben anderen Gründen führt das Blatt dabei einen „wichtigen finanziellen Punkt“ als Begründung an: die Ersparnis von 60 000 Mark Diäten monatlich. Das Blatt macht geltend, daß die kommunistischen Abgeordneten einen Teil der Diäten an die Partei abführen müßten, so daß das Reich indirekt den kommunistischen Werbefond unterstütze. Die „Kreuzzeitung“ behauptet, die von ihr geforderten Maßnahmen würden in den maßgebenden Kreisen ernsthafter wegen. Diese Behauptung wird wiederum „aus unterrichteten Kreisen“ demüthert. Trotzdem muß die Arbeiterschaft solche Möglichkeiten durchaus ins Auge fassen und sich darauf rüsten, einen Schlag gegen die KPD als Schlag gegen das ganze Proletariat zu erkennen und entsprechend zu beantworten.

## Kommunistische Mieter-Versammlungen verboten

München, 15. Januar

Die für heute abend geplanten 50 Mieter-Versammlungen des kommunistischen „Kampfausschusses der werktätigen Mieter Münchens“ sind von der Polizei verboten worden.

### Der Komödie letzter Akt

... für den weiteren Senat ist die Angelegenheit erledigt"

Am Sonnabend haben also die Herren vom „hohen“ Senat der Universität Breslau gefagt. Wie im einzelnen diese Sitzung verlaufen ist, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat. Nach außen hin tritt der Senat mit einer Entscheidung auf, die ein Musterbeispiel an vorsichtiger Formulierung, ein Musterbeispiel von „einerseits“ und „andererseits“ und von „zur Kenntnis nehmen“ von Schuld und Nichtschuld, von juristisch verkaulter Spitzfindigkeit ist. Wir glauben sie deshalb unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen:

Der weitere Senat entnimmt dem Bericht des Rektors und den Ausführungen des Herrn Professor Dr. Cohn, daß Rektor und Senat sich in jeder Weise bemüht haben, die Lehrfreiheit zu schützen. Er nimmt weiter zur Kenntnis, daß, wie schon durch die Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes vom 5. Januar d. J. richtiggestellt wurde, der Senat mit seiner Erklärung vom 23. Dezember 1932 nur zum Ausdruck gebracht hat, „daß durch das Hervortreten des Professors Dr. Cohn in der Frage des Asylrechts für Trotzki die Lage sich so verschärft hatte, daß der Senat den weiteren Schutz für die Person des Professors Dr. Cohn, sowie für die Ruhe und Ordnung in der Universität Breslau nicht mehr glaubte gewährleisten zu können“. Der weitere Senat nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Rektor und Senat in ihrer Erklärung vom 23. Dezember 1932 für unbedingte Aufrechterhaltung der Lehrfreiheit eintreten und auch die politische Meinungsfreiheit des Hochschullehrers nicht haben beeinträchtigen wollen. Der weitere Senat ist sich andererseits mit Herrn Professor Dr. Cohn darin einig, daß das akademische Amt eines Professors nicht bloß Rechte verleiht, sondern ihn auch verpflichtet, bei seinen Handlungen stets auf das Wohl seiner Universität Bedacht zu nehmen.

Nach den inzwischen bekannt gewordenen Zusicherungen des Unterrichtsministeriums und nach den Erklärungen des Herrn Kollegen Cohn ist für den weiteren Senat die Angelegenheit erledigt.

Von der Studentenschaft erwartet der weitere Senat die unbedingte Aufrechterhaltung der akademischen Disziplin und die Einsicht, daß jede Störung der Ordnung das Ansehen unserer Alma mater schädigt und die Durchführung ihrer besonderen Aufgaben erschwert."

Wahrhaftig, man muß diese Resolution zweimal lesen, ehe man begreift, daß der Senat „geruht“, den „Juden Cohn“ an der hiesigen Universität seine Lehrtätigkeit weiter ausüben zu lassen.

Man muß lächeln, wenn man plötzlich liest, daß der Rektor „unbedingt“ für „Aufrechterhaltung der Lehrfreiheit“ eingetreten sei. Es sei hier erinnert, daß dies reichlich spät und etwas unvermittelt der Fall war.

Und die eben erwähnte Erklärung des Herrn Professor Cohn? Nun, sie macht zumindest einen weinerlichen Eindruck (wenn man nicht den schärferen Ausdruck „kläglich“ gebrauchen will.)

### Professor Cohn erklärte nämlich würdelos:

„Die Gelegenheit, mich dem weiteren Senate gegenüber zu äußern, verpflichtet mich zu lebhaftem Danke. Ich darf Sie bitten, hierbei über einige formelle Sätze hinausgehen zu dürfen. Denn ich gehöre diesem Lehrkörper erst so kurze Zeit an, daß ich den meisten von ihnen von Person unbekannt geblieben bin, und es könnte daher der Eindruck entstehen, als wollte ich mich meiner Verantwortung durch eine bloße Formel entziehen. Wenn ich Sie daher für kurze Zeit um Ihr Gehör bitten darf, so bitte ich Sie, dies nicht als Annäherung, sondern als ein Zeichen dafür anzusehen, daß ich mir der Bedeutung und des Ernstes der Lage und des Umfangs meiner Verantwortung voll bewußt bin.

Ich habe, als ich durch telefonischen Anruf die Zeitungsanfrage vorgelegt erhielt, in der Eile des Augenblicks geglaubt, daß ich diese Anfrage durch eine die Entscheidung offen lassende Antwort besser als durch eine Verweigerung der Antwort erledigen könne. Darin habe ich leider geirrt. Auch war es eine Fährlassigkeit, daß ich von der Anfrage nicht den Stellen der Universität Kenntnis gegeben habe, die mir bis dahin mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatten. Es ist mir eine schmerzliche Empfindung, daß auf diese Weise der Anschein mangelnder Dankbarkeit und mangelnden Taktes hat entstehen können, während ich gerade umgekehrt mich Rektor und Senat zu aufrichti-

### L-L-L Morgenfeier

der Abteilung Westen am Sonntag, den 22. Januar 10 Uhr vormittags im Zentraltheater, Westendstraße; um 10.30 Uhr vormittags im Metropoltheater, Frankfurter Straße. Es läuft ein Russenfilm, die „Roten Rufer“ treten auf, Marietta Lenz singt und die Spielgruppe der Arbeiterkinderfreunde sprechen Chöre. Eintrittspreis 20 Pf. (an der Kasse 30).

# Kreiskonferenz des SSB

## Kreisverband „Ost“

Am Sonnabend versammelten sich die Delegierten der schlesischen Ortsgruppen des Sozialistischen Schutzbundes zu einer wichtigen Kreiskonferenz in Breslau.

In einer Sitzung, die am Sonnabend begann und am Sonntag nach der Generalmitgliederversammlung des SSB Breslau, die bei Hoffmann, Pöpelwitz, stattfand, fortgesetzt ward, wurde eine große Anzahl von innerorganisatorischen und technischen Fragen beraten.

Am Sonntag vormittag fand dann die Fortsetzung der Kreiskonferenz, die gleichzeitig als Generalmitgliederversammlung des SSB Breslau durchgeführt wurde, statt.

Genosse Kirstein eröffnete die Versammlung, begrüßte die Vertreter der verschiedenen Organisationen, gedachte aller Proleten, die im vergangenen Jahr für die Sache des Proletariats ihr Leben lassen mußten, die Versammlung erhob sich von ihren Plätzen.

Darauf wurde das neue Banner des Schutzbundes, mit der Inschrift:

„Wir haben geföhlt, wie der Haß in uns irrt, wir haben erkannt, was Klassenkampf ist“

dem Stadtteil Südost zur Verwahrung und Betreuung feierlichst übergeben.

Nach einem eingehenden Referat des Genossen Hein Müller-Brandenburg (des Reichsleiters des SSB), der zu den politischen Tagesfragen zu den Aufgaben des SSB und der Stellung des Schutzbundes zur SAP sprach, wurde nach einer Diskussion folgende Resolution angenommen, die nach einer Einleitung, die die politische Situation der Gegenwart kennzeichnet, folgenden Wortlaut besitzt:

„Die deutsche Arbeiterklasse muß sich zu der Erkenntnis durchringen, daß sie gegenüber den brutalen Gewaltmitteln des Klassengegners wehrlos ist, wenn sie nicht neben ihren anderen Kampffaktoren (Streik) gleichzeitig die wehrpolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks für sich nutzbar macht.

Was ist in Deutschland an proletarischen Wehrorganisationen vorhanden?

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, ursprünglich aufgebaut zum Schutze der „freiesten der Republiken“, ist in die sogenannte „Eiserne Front“ eingegliedert. Er unterliegt keinem Zweifel, daß die Proletarier im RB zum Kampfe gewillt sind und auch im letzten Jahre ihren Kampfeswillen bewiesen haben. Trotzdem müssen wir erkennen, daß eine Organisation, die den Staat als solchen

bejaht, sich aller Möglichkeiten beraubt, zu einem wehrpolitischen Faktor für die Arbeiterklasse zu werden. Als Beweis mag dienen, daß das RB, sowie die gesamte „Eiserne Front“ heute bereits gegen jede revolutionäre Aktion eingestellt ist und sich bedingungslos, sowohl im FAD als auch in unverbüllter Gemeinschaft mit „Stahlhelm“, „Jungdo“ und „Nazi“ in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Diensttätigerverbände mitwirkt. Diese Tatsachen sind nur möglich, weil das Reichsbanner als Wehrorganisation sich unter die Führung der SPD gestellt hat und so auf Geduld und Verdröben der arbeitervertreterischen Politik der SPD Rechnung tragen muß.

Hat man auf dem einen Flügel des Proletariats die wehrpolitische Kraft durch vorstehend aufgezeichnete Politik lahmgelagt, so stellen wir fest, daß die ehemals bestehende und die heute noch vorhandene sogenannte Wehrorganisation der KPD für die immer notwendiger werdenden außerparlamentarischen Aktionen, ebenfalls unwirksam wird. Wir erinnern daran, daß der RFB zahlenmäßig nicht vorwärts kommen konnte, weil er zum willenlosen Werkzeug der Kommunistischen Partei degradiert war. Wir sehen heute, daß der Rote Massenselbstschutz, der zwar bei legalen Demonstrationen in Erscheinung tritt, im außerparlamentarischen Kampfe sich bei jeder Aktion als wertloses Werkzeug erweist. Schuld an dem Versagen dieser Wehrorganisation ist, daß auch sie nur ein Werkzeug der KPD ist und darum bei dem geringen Einfluß der KPD in den Betrieben und Massenorganisationen zur Einflußlosigkeit auf die Massen des Proletariats verurteilt ist.

Der SSB muß alle bisherigen Erfahrungen im Interesse der Arbeiterklasse auszuwerten wissen. Es ist deshalb notwendig, daß er seiner Zweckbestimmung in jeder Form gerecht wird. Das kann aber nur geschehen, wenn es gelingt, eine möglichst breite Massenbasis zu finden.

Der SSB schützt nicht nur Leben und Gesundheit seiner Mitglieder, sondern ist eine Sicherungsorganisation für jeden Proletarier, ganz gleich welcher proletarischen Organisation er angehört.

Der SSB sorgt dafür, daß in den Betrieben die Arbeiter zusammengelöhnt werden und gegenüber den Faschisten ihre Produktionsstätte zu verteidigen und gegenüber dem Ausbeuter auch ihre wirtschaftliche Kraft in geschlossener Front zur Geltung zu bringen.

Der SSB mobilisiert in den einzelnen Wohnbezirken die Proletarier rechtzeitig zur Abwehr gegen faschistische Angriffe.

Der SSB legt das Schwergewicht seiner Tätigkeit auf das Zusammenwirken mit den Arbeitersport-Organisationen.

Der SSB hat bei den Aktionen der Hungernden, Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, sowie allen von Kapitalisten Unterdrückten in vorderster Front zu kämpfen.

Der SSB kann all diese Aufgaben nach den Erfahrungen mit den sozialdemokratischen und kommunistischen Wehrorganisationen nur auf der Grundlage der Ueberparteilichkeit erfüllen. Es ist selbstverständlich, daß sich der SSB als proletarische Wehrorganisation, bei voller Wahrung seiner organisatorischen Selbständigkeit, an die proletarische Partei anlehnt, die zur Führung eines revolutionären Kampfes mit allen Konsequenzen bereit ist. Der SSB sieht diese Partei in der SAP, soweit sie ihre Prinzipienklärung zum Gesetz ihres Handelns macht. Die Reihen des SSB stehen aber über den Kreis der SAP-Mitglieder hinaus allen Proletariern offen, die sich zu revolutionären Grundsätzen, wie sie in der Prinzipienklärung niedergelegt sind, bekennen.

Die Vertreter des Kreisverbandes „Ost“ sind verpflichtet, vorstehende Resolution als ihre Richtlinien für die Reichsführertagung zu betrachten und dafür zu sorgen, daß der SSB eine Reichsleitung erhält, die sich vorbehaltlos zu den gleichen Grundsätzen bekennt."

### Gruß an die Gefangenen Protest gegen die Verurteilung Bartl's

Aus der Mitgliedschaft wurde folgende Resolution eingebracht und angenommen:

„Die 1. Kreiskonferenz der SSB spricht den politischen proletarischen Gefangenen, die trotz Schleicher-Amnestie noch in den Kerkern der kapitalistischen Republik schmachten, die brüderlichen Sympathien aus und gelobt ihnen, alle Kräfte auch für ihre Freilassung einzusetzen.

Schärfstens protestieren wir gegen das Todesurteil gegen den Antifaschisten Bartl und fordern dessen sofortige Freilassung."

Mit der Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

gem Dank verpflichtet geföhlt habe und verpflichtet fühle. Diesen Dank habe ich schon öfters ausgesprochen und wiederhole ihn gern.

Ich bedauere es lebhaft, daß durch mein Verhalten der Eindruck entstehen konnte, als schliche ich die Pflichten, die das einzelne Glied der Gesamtheit gegenüber hat, gering an, vor allem aber auch, daß nun die Schwierigkeiten für die Universität vermehrt worden sind und der Senat sich vor eine verschärfte Lage gestellt sieht.

Ich habe die Gesamtlage dieser Hochschule in der gegenwärtigen Situation würdigen gelernt und darf diese Gelegenheit benutzen, um im Kreise der Kollegen mit Offenheit auszusprechen, daß diese Erkenntnis mich bei allen meinen Schriften künftig leiten wird."

Mit diesem „parlamentarischen Notenaustausch“ in Gestalt von Erklärungen und Entschuldigungen soll also der Konflikt beigelegt sein. Rektor und Senat wissen aber, daß die nationalsozialistischen intellektuellen Banditen und Radebrüder keine Ruhe geben werden, sie wenden sich daher an die Studentenschaft mit einem Aufruf, der durch seine nationallistisch chauvinistischen Formulierungen auffällt. Unverbüllt werden dort Andeutungen von einer Kriegsgefahr, die die östlichen Grenzen angeblich bedrohen soll, gemacht.

Dieser Aufruf stellt

### ein einziges Dokument der Kriegshetze

dar: „Kommilitonen! Die Erregung, die durchs Volk geht und aus der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz immer neuer Teile unseres Volkes tägliche Nahrung zieht, bedroht das alte Erbe unserer Hochschulen, ihre geistige Selbständigkeit, ihre Kraft zu festem innerem Zusammenschluß, zum Wettstreit in Forschung und Lehre.

Verschärft wird die Erregung ebenso durch eine

ständige Sorge vor Kriegsgefahr in unserem Grenzlande,"

wie durch die Furcht ganzer Volksteile vor völliger oder teilweiser Entrechtung.

Bei unserer Lage mitten in der verarmenden Großstadt,

mitten im bedrohten Grenzland, genügt jeder kleinste Bruch der Hochschuldisziplin, um die Mächte von draußen ins Innere der Hochschule einbrechen zu lassen, und zwar, wie wir betonen: die Mächte von allen Seiten. Siegen diese Mächte, dann ist es zu Ende mit Lernfreiheit, Lehrfreiheit, korporativer Selbstverwaltung und Freizügigkeit des Akademikers.

Wir, Lehrende und Lernende, als geschlossene Korporation müssen daher in solcher Notzeit mehr als je die leiseste

Sperrung und Fehldruck von uns.

Rechtsverletzung unserer Mitglieder zurückweisen und die innere Gerechtigkeit trotz aller Meinungsverschiedenheiten festhalten. Wir versäumen sonst unsere erste Pflicht innerhalb des Volkes: die Hochschule kämpft mit den Waffen des Geistes, weil kein Volk ohne diese Waffe lebensfähig ist, und jeder Kommilitone, ob Student oder Professor, versündigt sich gegen diese stolze Ueberlieferung deutscher Universitäten, wenn er den Kampf um fremde Ziele auf dem Boden unserer Universität ausfechten will.

Wir wissen, daß viele von euch ihre geistige Heimat nicht in die Hochschule zu verlegen gelernt haben. Die Not erklärt das. Aber sie gestattet uns nicht, die Universität preiszugeben. Wir rufen jeden von euch auf, der es noch nicht vermocht hat, sich jetzt den Zugang zu seiner Alma mater zu erringen, um mit uns von innen die Hochschule gegen Zerfall zu schützen.

„Unter euch“ — so wendet ihr uns ein — „überwiegen die Aelteren, Bedächtigen. Wir wollen mäßig vorsürmen, kämpfen“. Der weitere Senat zählt in seinen Reihen weit über die Hälfte Kriegsteilnehmer, die auch einst aufbrachen in stolzen Hoffnungen und deren Kriegserfahrung einsieht gegen jede Zerstörung der Güter, für die sie und ihre Mitkämpfer 1914 in den Krieg gezogen sind.

Zum Kern dieser Ordnung der Deutschen gehört auch die deutsche Hochschule. Jede Universität ist ein Organ Gesamt-Deutschlands in ihrer Landschaft. Die schlesische Friedrich-Wilhelm-Universität, vom Preußenkönig als deutsches Bollwerk in der Zeit der schwersten Not gegründet, ruft euch zu:

Schließt die Reihen! Schützt eure Hochschule vor der Zerstörung ihrer Freiheit!"

Man spricht von drohender Kriegsgefahr. Man sagt zwar nicht wortwörtlich, von wo sie droht, aber der Dümmsie erkennt aus diesen Zeilen, daß die östlichen Nachbarn gemeint sind. Und das ganze dient dazu, seine eigenen imperialistischen Kriegstendenzen, die eigenen Gelüste, die deutsche Ostgrenze, so wie sie vor dem Kriege gelaufen, wieder herzustellen.

Die deutsche Hochschule, die deutsche Universität, die unter Wahrung eines strengen Bildungsmonopols es bisher verstanden hat, nur Söhnen der bürgerlichen, der herrschenden Klasse ihre Pforten zu öffnen, offenbar wieder einmal seinen Charakter als Brutstätte des Nationalismus und Chauvinismus. Die letzten Reste bürgerlich-republikanischer Gesinnung, die letzten Reste schwarz-rotgoldener Lackierung werden oder sind bereits an den Hochschulen vernichtet.

Die Arbeiterschaft muß auf diese Urbarmachung des ideologischen Bodens für einen kommenden „Befreiungskrieg (unter dieser Devisen heßt man ja bereits gegen Polen) ein wachsamtes Auge haben.

### Proteststreik der Technischen Hochschul-Studenten aus Breslau

Die Studentenschaft der Technischen Hochschule faßte in ihrer heutigen Vollversammlung folgende Entschliebung:

„Die Studentenschaft der Technischen Hochschule tritt am Montag, den 16. Januar, bis vorläufig 20 Uhr geschlossen in den Generalstreik. Der Streik richtet sich nicht gegen die Professorenschaft der Technischen Hochschule, sondern gegen den Beschluß des Ministeriums, Technische Hochschule und Universität zusammenzulegen."

Unsere Stellung zur Zusammenlegung der Universität mit Technischer Hochschule haben wir ja bereits klargestellt. Es erübrigt sich daher zunächst eine Kommentierung dieser Nachricht.

### Handelshilfsarbeiter

Mittwoch, den 18. Januar 1933, pünktlich abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, Zimmer 12/14, findet die Jahres-Abteilungsversammlung statt. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

### Dem Gedenken der großen Toten

Die „Aktionsgemeinschaft der proletarischen Jugend Breslaus“ veranstaltete am gestrigen Tage im Zentral-Theater, Westendstraße, eine gelungene Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Feier. Mehr als 800 Jugendliche füllten den großen Saal des Lichtspieltheaters, um mit spannendem Interesse den Darbietungen zu folgen. Mit einigen wirkungsvollen Szenen hinterließ die Spielgruppe „Rote Rufer“ einen starken Eindruck. Genosse Monden hielt die Ansprache.

Sodann wurde der Russenfilm „Der blaue Express“ gezeigt. Selten wird dieser technisch so künstlerisch gleichfalls gelungene Film solche Beifallsstürme hervorgerufen haben, wie in dieser Veranstaltung von jungen Arbeitern. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Veranstaltung beendet.

Alles in allem zeigt auch diese gute Veranstaltung der Aktionsgemeinschaft, was gemeinsame Arbeit der proletarischen Jugend zu erreichen imstande ist.

### Schulschließung wegen Diphtherie

Neumarkt, 15. Januar. In Dambritsch mußte wegen zahlreicher Diphtherieerkrankungen die evangelische Schule bis zum 20. Januar geschlossen werden.

## Freie Sportvereinigung „Fichte“ wirbt erfolgreich

Die „Freie Sportvereinigung Fichte“ (Mitglied des Arbeiterturn- und Sportbundes) bezieht in diesen Tagen ihr zweifünftiges Bestehen durch Veranstaltung einer Weibwoche. Die Genossen, welche während der Kampfzeit von der Kampfgemeinschaft für die Sporthilfe ausgeschlossen wurden, weil sie in die Politik zu Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport kämpften, arbeiten eifrig an dem Ausbau ihres Vereins.

Der letzte Feuertag sah als Programm einige Wettkämpfe in Staffetten, Springen, Gymnastik und Turnen mit dem ebenfalls rühmigen A.S.V.-Neukölln. Über 300 Zuschauer hatten sich in der großen Turnhalle des Gymnasiums eingefunden, um den Vorführungen beizuwohnen. Und alle waren begeistert von dem vielseitigen, abwechslungsreichen Turnsport.

Mit einem Aufmarsch der Teilnehmer wurde begonnen. Dann folgte allgemeine Gymnastik, wobei der Körper ordentlich

## Lenin Liebkecht! Luxemburg

Kundgebung am Sonntag, den 22. Januar 1933, vormittags 11 Uhr, im Lichtspieltheater Babylon am Bitowplatz.

Musik • Rezitation Erich Weinert

Rote Raketen

Ansprache: Paul Frölich

Eintritt: 50 Pf. Erwerblose: 30 Pf

SAP und SJV Berlin.

durchgearbeitet wurde. Ein Laubstich mit Musik schloß sich an. Bei den Staffetten war bald Neukölln bald Fichte im Vorteil. Im Hochsprung wurde die beachtliche Höhe von 1,80 Meter erreicht. Verschiedene Spielkinder die Heiterkeit nicht nur der Spieler, sondern auch der Zuschauer.

Mit diesem Werbeabend kann Fichte zufrieden sein, denn verschiedene neue Mitglieder wurden gewonnen. Die Uebungsabende des Vereins finden statt:

für Frauen und Jungmädchen jeden Montag und Donnerstag in der Turnhalle Bergmannstraße (neben der Markthalle);

für Männer, Jugend und Kinder jeden Dienstag und Freitag in der Turnhalle des Gymnasiums Mittenwalder Straße.

An jedem Uebungsabend haben Gäste Zutritt und werden neue Mitglieder aufgenommen.

## Für alle SAP- und SJV-Mitglieder

Die „Freie Sportvereinigung Fichte“ eröffnet demnächst im Zentrum eine neue Abteilung. Wer Interesse am Sport selbst hat und mitarbeiten will, daß unser politischer Einfluß im Sinne der Einheit im Arbeitersport größer wird, gebe seine Adresse im Büro ab. Jeder Jugendgenosse ein aktiver Sportler, jede Jugendgenossin eine aktive Sportlerin, jeder Schutzbündler ein durchgebildeter Wettkämpfer für Sport und Wehrsport.

## Berlins Bevölkerungszahl sinkt weiter

Die Wirtschaftskrise wirkt sich auch in einem ständigen Absinken der Berliner Bevölkerungsziffern aus. Gelegentlicher Bevölkerungszuwachs in einzelnen Monaten vermag an dieser Gesamttendenz nichts zu ändern.

Im Monat Dezember wurden lebendgeboren 2953 Kinder. Verstorben sind 4369 Personen. Die Zahl der Zugezogenen betrug 13.639, die der Fortgezogenen 15.174, so daß sich für den Monat Dezember ein Fortzugsüberschuß von 1535 Personen ergab. Danach beziffert sich die Bevölkerung der Stadt Berlin am 1. Januar 1933 auf 4.226.592 Köpfe.

Das Jahresergebnis der Bevölkerungsbewegung Berlins sah folgendermaßen aus: Lebendgeboren wurden 36.100 Kinder (8,5%). Es starben 48.249 (11,3%) Personen. Zugezogen sind 199.503, fortgezogen 249.073 Personen, so daß sich für das Jahr 1932 ein Fortzugsüberschuß von 49.570 ergibt, der von für 1931 ermittelten Fortzugsüberschuß von 33.007 um rund 50 v. H. übertrifft. Dieser Fortzugsüberschuß hat zusammen mit dem aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung sich ergebenden Sterbeüberschuß von 12.149

zu einer Abnahme der Berliner Bevölkerung um 61.719 geführt.

## Arbeitswilligkeit wird bestraft

Bei der herrschenden Massenarbeitslosigkeit gelingt es zahlreichen Erwerbslosen nur, gelegentlich Aushilfsarbeit zu finden. Wenn sie sich dann der Freude hingeben, nach ein paar Tagen Aushilfsarbeit ein paar Mark verdient zu haben, um wenigstens einige der dringendsten Anschaffungen machen zu können, dann erleben sie eine grausame Enttäuschung.

So erging es zum Beispiel einem Erwerbslosen, der mit Frau 12,40 RM. Erwerbslosenhilfe bezieht und für zwei Tage Aushilfsarbeit, darunter Sonntagsarbeit, leistete, und mit Abzüge 14,80 RM. verdiente, folgendermaßen: Er erhält sonst 14 täglich 25,80 RM. für 14 Tage ausgezahlt. Bei der nächsten

# Oppositionserfolge im ZDA

Die Werbebezirks-, Fachgruppen- und Sektionsversammlungen, die bisher in der Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten stattgefunden haben, zeigen, daß die Opposition gegen die reformistische Politik der Verbandsleitung im Wachsen begriffen ist. Besonders eindrucksvoll ist dabei, daß diese Opposition mit wenigen Ausnahmen durchwegs fest auf dem Boden der freien Gewerkschaften steht und nicht daran denkt, RGO-Politik zu machen.

In der Werbebezirksversammlung zeigte es sich, daß auch die KPD-Anhänger nicht daran dachten, die Anweisungen zu befolgen, die vorher in der „Roten Fahne“ gegeben wurden

und deren Befolgung zur unbedingten Nichtanerkennung etwa gewählter oppositioneller Funktionäre hätte führen müssen. Leider führte das verschiedentlich dazu, daß die reformistischen Vorschläge zu den Werbebezirks-Ausschüssen debattiert und ohne jede Änderung gewählt wurden, weil die sonst auftretenden kommunistischen Sprecher nicht erschienen und die übrigen Anhänger und Sympathisierenden der KPD schweigen. Demgegenüber zeigten die Werbebezirks-Ausschüsse Wahlen in verschiedenen Bezirken, daß unsere sachliche, auf die Erhaltung und Stärkung der freien Gewerkschaften gerichtete Kritik wachsende Anerkennung findet. In verschiedenen Werbebezirken wurden Genossen von uns in die Werbebezirks-Ausschüsse auf Vorschlag sozialdemokratischer Verbandskollegen und mit ihren Stimmen gewählt.

Sehr interessant war der Verlauf der Werbebezirksversammlungen in Neukölln und Charlottenburg. In Neukölln waren im Unterschied zu anderen Werbebezirken eine große Anzahl der KPD anhängenden Kollegen und Kolleginnen zur Werbebezirksversammlung erschienen. Nach einem interessanten Lichtbildvortrag über Daumier kam es zur Wahl des Werbebezirks-Ausschusses. Die KPD-Anhänger schlugen zunächst entsprechend den Anweisungen in der „Roten Fahne“ zehn Mitglieder in den Werbebezirks-Ausschuss vor, ließen sich aber überzeugen, daß dieser Vorschlag nur zur Ungültigkeit der Wahl führen würde, und zogen ihn zurück. Von unseren Genossen wurde dann der Vorschlag gemacht, nicht listenweise abzustimmen, sondern personelle Wahlen vorzunehmen. Von verschiedenen Kollegen wurde auch bemängelt, daß auf der Vorschlagsliste der Funktionäre nicht weniger als zwei Verbandsangestellte waren. Die Diskussionsredner vertraten mit Recht die Auffassung, daß von allem einfache Verbandsmitglieder zur Mitarbeit herangezogen werden sollten. Die linientreuen Anhänger des Verbandsvorstandes wehrten sich mit aller Energie gegen den Vorschlag unserer Genossen, obwohl dieser Vorschlag durchaus im Interesse einer sachlichen Gewerkschaftsarbeit liegen würde. Aber sie fürchteten wohl nicht mit Unrecht, daß dann auch oppositionelle Kollegen gewählt würden, die sich durch ihr sachliches Auftreten das Vertrauen aus sozialdemokratischen Kollegen verschafft haben, während sie bei einer listenweisen Abstimmung der Fraktionsdisziplin sicherer sind.

Der Vorschlag auf Personenwahl wurde mit 29 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Das war angesichts der Haltung der maßgebenden Funktionäre ein beachtlicher Erfolg. Auch ein Vorschlag auf Verhältnismäßig und auf geheime Abstimmung verfiel der Ablehnung. Auch hier fürchteten die reformistischen Funktionäre, daß bei der geheimen Wahl sozialdemokratische Kollegen und vor allem die im ZDA zahlreichen Organisations-, Krankenkassen-, Konsumangestellte usw. oppositionell stimmen würden, was sie bei einer öffentlichen Abstimmung zum Teil schon aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Parteidisziplin nicht wagen würden.

Nach diesen Abstimmungen wurde dann von den KPD-Anhängern eine Vorschlagsliste eingereicht, aber

zurückgezogen, als von unseren Genossen ein Vorschlag eingereicht wurde, auf dem zwei SAP-Genossen, zwei KPD-Kollegen und ein SPD-Kollege standen.

Diese Liste erhielt 24 Stimmen, während der reformistische Vorschlag 32 Stimmen erhielt.

Zahlung erhielt er nur 12,96 RM. ausgezahlt. Das geschah auf Grund folgender Berechnung:

Unterstützung . . . . . 25,80 RM.  
Verdienst . . . . . 11,80 „  
davon 20 Prozent . . . . . 2,96 „

11,84 RM.

bleibt 12,96 RM.

Von dem Verdienst gingen aber noch eine Mark für Fahrgeld und 80 Pfennige für Abzüge ab, so daß der betreffende Erwerbslose faktisch für 16 Stunden Arbeit 1,06 RM. für zwei Tage verdiente.

Wenn man dann bedenkt, daß ja doch der Erwerbslose, wenn er arbeiten muß, auch höhere Aufwendungen für seinen Lebensunterhalt hat, dann sieht er sich weitaus schlechter, als wenn er nicht gearbeitet hätte. Ist es ein Wunder, daß unter diesen Umständen der letzte Rest von Arbeitsfreudigkeit zum Teufel geht?

Auch in der Charlottenburger Werbebezirksversammlung wandte sich die Leitung gegen die sogar von einem sozialdemokratischen Kollegen (Zobel) gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung über die Kandidaten, sowie gegen den Vorschlag des KPD-Kollegen Stöbel auf geheime Wahl. Hier lagen zuerst drei Listen vor. Zur Wahl stand eine reine SPD-Liste mit den Namen Bethke, Bubnow, Becker, Schrimm, Duker; eine leicht oppositionelle SPD-Liste mit den Namen Bubnow, Becker, Zobel, Duker, Sinner und eine freigewerkschaftliche Oppositionsliste, auf der ein SAP-, ein KPD-Genosse, zwei KPD-Genossen, deren Auftreten sich bisher vorteilhaft von den RGO-Methoden unterschied und eine linke SPD-Kollegin stand. Es wurde von der Leitung darauf hingewirkt, daß die Listen 1 und 2 zusammengefaßt wurden, weil sie zum großen Teil übereinstimmen. Sinner trat zurück und Zobel ging als Ersatzmann auf Liste 1.

Nachdem die Verbandsangestellte Kollegin Ellen in der schärfsten Weise gegen die „unlautbare Opposition“ gewettert hatte, wurde mit 45 gegen 35 Stimmen ein Schlusstrang angenommen. Mit etwas größerer Mehrheit wurden dann die Anträge auf personelle Wahl und geheime Abstimmung abgelehnt. Bei den Abstimmungen wurden dann

58 Stimmen für Liste 1 und 34 Stimmen für die oppositionelle Liste abgegeben.

Auch die gemeinsame Fachgruppenversammlung der Fachgruppen Großhandel und Textil, Bekleidung, Leder zeigte die wachsende Opposition.

Der Besuch der Versammlung war im Verhältnis zur Mitgliederzahl gering, immerhin bei weitem stärker als sonst im Jahre. Das Interesse an den gewerkschaftlichen Fragen auch unter uns Angestellten besteht, zeigte die sehr rege Diskussion zu dem Bericht des Kollegen Lehrer über den Stand einiger Tariffragen.

Erfreulich war die kritische Note fast aller Diskussionsredner. Dabei muß allerdings einigen der Kritiker ins Herz gelegt werden, sich in Zukunft recht intensiv gewerkschaftlicher Arbeit zu widmen. Nur wenn wir jeder auftauchenden Frage gerecht werden können, wird es gelingen, in größerem Ausmaß die Kollegen von der Notwendigkeit unserer Arbeit zu überzeugen.

Um aus der Fülle der Fehler nur den wichtigsten herauszugreifen. Obwohl bei einer

## Achtung! SAP und SJV Bezirk Tiergarten

Am Sonntag, dem 29. Januar, 9 Uhr:

Zeitungsaktion

Treffpunkt: Lokal Januschewski, Rostocker Straße 2.

Resolution gegen den Kasseler Verbandstagsbeschluss, die Funktionäre betreffend, nahezu die Hälfte der Kollegen für die Resolution

und also gegen den Verbandsvorstand stimmte, war diese Opposition nicht in der Lage, der offiziellen Liste der Delegierten zur Generalversammlung der Ortsgruppe eine eigene Liste gegenüberzustellen.

Bemerkte sei noch, daß einige Kollegen nicht für die genannte Resolution stimmten, weil darin auch die Anerkennung von RGO-Kollegen als Funktionäre gefordert wurde, während sie sonst zweifellos dafür gestimmt hätten. Auch dieses Beispiel zeigt, daß das Bestehen der RGO nur den Reformisten nützt und der gewerkschaftlichen Opposition schadet.

Ein positives Ergebnis hatte diese Versammlung. Sie hat den Mitgliedern gezeigt, daß mit größerer Aktivität auch der Einfluß steigt. Auf Antrag aus der Mitgliedschaft wurde beschlossen, das von der Tagesordnung abgesetzte Referat Mitte Februar halten zu lassen.

Der Verlauf all dieser Versammlungen zeigt, daß es bei einer zielbewußten und sachlichen Arbeit möglich ist, unseren Gedanken bei den ZDA-Mitgliedern Gehör zu verschaffen.

## Vorsteherwahl im Rathaus

Die Vorsteherwahl in der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre zeigte einige recht interessante und bezeichnende Ergebnisse. Wie in jedem Jahre, wurde auch diesmal wieder im „roten Berlin“ mit seiner starken sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit (120:105) ein in seiner Mehrheit bürgerlicher Stadtverordnetenvorstand gewählt. Die Koalitionspolitik der SPD auf der einen und die ultralinke Politik der KPD auf der anderen Seite hat bisher jedes gemeinsame Vorgehen vereitelt.

Diesmal fand die sozialdemokratische Koalitionspolitik im Roten Haus sogar die Anerkennung der Deutschnationalen, die im Gegensatz zu den vergangenen Jahren darauf verzichteten, Haß gegen Gegenkandidaten gegenüberzustellen. Bei der Wahl erhielt Haß 120, Pieck (KPD) 49 und Dorsch (Nazi) 13 Stimmen. Haß muß also auch von den Deutschnationalen Stimmen er-

halten haben. Als erster Vorsteherstellvertreter wurde Fabian (Deutschnational) mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt, obwohl doch sogar nach „demokratischen“ Gepflogenheiten der KPD Anspruch auf diesen Posten gehabt hätte. Als weitere Stellvertreter wurden Caspari (Deutsche Volkspartei) und Meyer (Staatspartei) gewählt. Bei der Beisitzerwahl teilte Haß mit, daß sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten auf eine einheitliche Liste einigen hätten und daß sich deshalb eine Wahl erübrige. Auf Widerspruch von Pieck (KPD) mußte dann doch eine Wahl stattfinden, bei der alle übrigen von Nazis bis SPD gegen die Kommunisten stimmten. Wenn diese Abstimmungen auch nicht entscheidend sind, so enthüllen sie doch den ganzen Jammer Berliner Kommunalpolitik.

## Kinder der Zukunft, des Proletariats!

Not und Elend in der Welt, Arbeitslosigkeit, Freudlosigkeit der Kindheit. Früh schon lernen die Kinder der Arbeiterklasse den Widerspruch dieser kapitalistischen Ordnung kennen.

Diese Verhältnisse wollen wir ändern und dem Kinde eine Stätte der Freude und der Lebensentfaltung schaffen. Einer für alle, eine Gemeinschaft — Solidarität — sind das erste Gebot der Arbeiterkinder im Roten Jungvolk.

Deshalb geht an euch noch einmal die Mahnung: „Werbt für das Rote Jungvolk“. Vergesst die Kleinsten unserer Truppen nicht und helft mit am Aufbau der Roten Jungvolkgruppen.

Schickt eure Kinder in das Rote Jungvolk. Sendet uns Adressen von Kindern zu, seid Helfer des Roten Jungvolk.

Kampfbereit  
Rotes Jungvolk, Magazinstr. 12a.



SAP

## Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Dienstag, den 17. Januar  
Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft um 20 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a. Arbeitsbeschaffungsprogramm. Referat: Pupko, Korreferat: Walcher. Ortsgruppe Treptow: Mitgliederversammlung bei Redlich, Oberschönau, Wilhelmshof, Ecke Edisonstr., 19.30 Uhr.

Mittwoch, den 18. Januar  
Ortsgruppe Wedding um 20 Uhr Funktionärsitzung bei Barleben, Borgsdorf, Ecke Wildenowstraße.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: 20 Uhr Mitgliederversammlung Milla-Festalle, Schönhauser Allee.

Ortsgruppe Kreuzberg um 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im alten Turnerheim, Urbanstr. 31.

Ortsgruppe Charlottenburg um 20 Uhr Mitgliederversammlung, Adlerklause, Kaiser-Friedrich-Str. 94, Ecke Grünstr.

Ortsgruppe Steglitz: um 20 Uhr Mitgliederversammlung.

Ortsgruppe Tempelhof um 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Renner, Mariendorf, Dorf, Ecke Marienfelder Straße.

Ortsgruppe Neukölln um 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Orga, Donau, Ecke Erbst.

Ortsgruppe Cöpenick um 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Augustin, Cöpenick, Kietzstr., Ecke Rosenstr.

Ortsgruppe Lichtenberg um 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Rosky, Gürtelstr. 28.

Ortsgruppe Weißensee um 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Henkwitz, Berliner Allee 193.

Ortsgruppe Pankow um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Heim Pankow, Mühlenstr. 77.

Ortsgruppe Reinickendorf um 19.30 Uhr bei Rochaus, Schönholzer Weg 1.

Donnerstag, den 19. Januar

Ortsgruppe Schöneberg um 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Zeugner, Grunewaldstr.

Freitag, den 20. Januar

Alle im Gesamtverband organisierten Genossen versammeln sich um 20 Uhr bei Schulz, Elisabethstraße 30.

Montag, den 23. Januar

Um 19.30 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a, Sitzung der Engeren Bezirksleitung.

## SJV Bezirk Groß-Berlin

Sekretariat: Magazinstr. 12a

Mitteilungen der Bezirksleitung

Groß-Berliner Oberteilungskonferenz am 26. Januar um 20 Uhr Vogels Festalle, Brückenstr. 2. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Karten für LLL-Fester müssen bis zum 21. Januar abgerechnet sein.

Referentenschule: jeden Montag, 20 Uhr, Magazinstraße 12a. Thema: „Marxismus — Leninismus“.

Jüngerkursus: Mittwoch, 20 Uhr, Magazinstraße 12a. Thema: „Geschichte der Arbeiterbewegung“.

## Gruppenveranstaltungen

Dienstag, 20 Uhr

Wärther Platz: Christburger Straße 7.

Paul Levi: Glienstr. 35.

Mitte-Süd: Magazinstr. 12a.

Tempelhofer-Mariendorf: Dorfstr. 7.

Schöneberg, Jüngere: Hauptstr. 15.

Wilmerdorf: Wilhelmsau 123.

Reinickendorf: Rosenthaler Str. 15, Bf. Wittenau.

Charlottenburg: Sportplatz Westend.

Mittwoch, 20 Uhr

Friedrichshain: Littauer Straße 18.

Frankfurter Allee: Littauer Straße 18.

Stralau: Dossestr. 22.

Lichtenberg: Dossestr. 72.

Südring: Manteuffelstr. 6.

Donnerstag, 20 Uhr

Weißensee: Pastriusstr. 24.

Mitte-Nord: Elisabethkirchstr. 19.

Moabit: Leirter Straße 18/19.

Süd-West: Yorlstr. 11.

Neukölln: Zietzenstr. 58

# Ein Proletenleben

Erzählung von Jean Tousseuil

1) Jacob Clarambaux war, bevor er Monique ward, auch einmal ein kleiner Junge gewesen. In seiner Kindheit hatte er das freudlose Leben eines Proletenkindes gefühlt, denn sein Vater, dem ein böses Herzleiden verbot, in den Tiefen der Minen zu arbeiten, hatte an seinem Tagelohn nicht schwer zu tragen.

Als Jacob zwölf Jahre alt war, mußte er Winter und Sommer, bei Frost und Regen schon um fünf Uhr morgens aus seinem warmen Bett kriechen. Dann trottete er bis zu den Kalköfen und ließ auf dem gefrorenen Boden und den Steinen seine kleine Holzpantoffeln klappern. In den kurzen Tagen ging er noch früher weg und begleitete seinen Vater, der es noch weiter hatte. Spät abends kam er nach Hause; mit nördem Rücken, wie ein gebrochener kleiner Greis, denn er mußte zehn Stunden lang den Karren schieben. Ein Jahr später arbeitete er an den Öfen, um zwei Sous täglich mehr zu verdienen. Er stapfte in dem schwarzen Kot der Abzugsröhren herum, der im Sommer brannte und im Winter gefror. Manchmal betäubte ihn das auströmende Gas, dann konnte es sein, daß er bis zu den Knien in die schmutzige Masse einbrach. -- Das war sein Leben 300 Tage im Jahr, und diese fürchterliche Einförmigkeit einer Kindheit als Arbeiter wurde nur durch den Kauf von neuen Holzpantoffeln, einer Mütze um einen Franken, eines Anzugs um fünf Franken oder einer Topfleite unterbrochen. Und dann war da noch Marie, die kleine verzärtelte Schwester, das zierliche Kind, das in dem taurigen Hause und bei den armen Leuten wie verloren schien und dem er manchmal Überbrückungen mitbrachte, Zuckerwerk, bunte Steinchen und zum Nikolo eine Puppe -- für 19 Sous bitte --, die er sich mühsam an 19 Sonntagen abgespart hatte, eine Puppe, die das kleine Mädchen vor Freude erzittern ließ.

Er wurde größer und älter. Winters stak er in schweren Kleidern, sein Appetit wuchs, und im Garten mußte es Kartoffeln für das ganze Jahr geben. Im Katechismus lernen die armen Kinder, daß Fräß und Völlerei Todsünden seien. Nun, er konnte niemals sündigen. Einmal war eine Orange ins Haus gekommen; er hatte sie schiefbeweise Marie gegeben, obwohl ihm selbst das Wasser im Munde zusammenfloss.

Mit fünfzehn Jahren sortierte er den Kalk in den Waggons und den Kälbern und verdiente dafür zwei Sous täglich mehr. Er arbeitete eifrig auf diesem Vertrauensposten und gewann eine große Geschicklichkeit. Mit seiner zweifelhafte Haut wußte er den Kalkstein zu entdecken, den das Feuer nicht richtig gebrannt hatte, und schon hatte er ihn auf die Strecke oder ins Wasser geworfen. Augen, Hände und Füße schmerzten ihn; vor allem im Sommer, wenn ihm der Schweiß in Tropfen von der Stirn rann. Aber dafür brachte er nie mehr Kälte leiden, außer wenn es am Fluße allzu sehr stürmte. Ihm gefiel der weiche Kalk, der brannte und knisterte und dessen Wärme ihn nach Mittag etwas einschläferte. Ueber den Mund hatte er ein Taschentuch geknotet, das schützte ihn gegen den freisessenden Staub; aber es gefiel ihm da, er hielt es zwei Jahre aus. Die Arbeitsgefährten sangen Gassenlieder, wenn sie ihre Karren schoben, er grüßte immer die Leute, die ihm am Wege begegneten: „Guten Morgen der Herr“, „Guten Morgen die Dame“.

Die Arbeiter beim Zinkofen kannten ihn alle beim Namen: „Grüß dich, Jacob.“ Der Vater starb, Jacob verdiente 1,25 Franken täglich, davon konnte man nicht mehr leben. Er ließ sich bei den Kalkmühlen anwerben. Das Leben war hart in der verdammten Bretterhütte, die man den ganzen

Tag tauchen sehen konnte. Der Staub der Steine machte die Augen rot und verstopfte die Ohren und den Magen der sechs jungen Burschen, die dort arbeiteten. Sechs Leute waren notwendig für das Mühlenwerk, aus dessen Ausgüß man den Kalk in 60-Kilogramm-Säcken schleppte. Die sechs jungen Galorensklaven, die über Tag während der Arbeit noch genug Luft hatten, um zu lachen und sich gegenseitig allerlei Schabernack anzutun, hatten am Abend die Fäuste und die Hüften bis aufs Blut durchgeschneuert.

In den ersten zwei Wochen konnte Jacob fast nichts essen. Ein Kreidgeschmack trocknete ihm den Mund aus und verbrannte ihm den Magen. Er verdiente nun 1,75 Franken pro Tag. Nach der dritten Lohnzahlung hatte die kleine Schwester einen lackierten Stuhlhut und eine neue Kattanschürze. Sie besah sich in ihrem blinden Spiegel und plapperte: „Ich bin hübsch, Jacob, wir werden beide zusammen in die Kirche gehen, und du wirst deine blaue Krawatte umbinden.“ Und der große Junge zog an seiner Pfeife und strahlte wie ein guter Vater.

Allmählich schüttelte sich sein Verstand, obwohl er im Wachstum zurückgeblieben und sein Gesicht sich wenig verändert hatte, ein armes, kleines Antlitz, runzelig und unruhig, dem erst der Staub der Mühle wieder Glätte verlieh.

Wie die anderen Arbeiter freute sich Jacob am meisten auf den Sonnabend; am Sonntag brauchte man nicht zu arbeiten; und dann wartete man noch mit Ungeduld

auf den Lohnungstag, ohne daran zu denken, daß es erst einer harten Arbeit von zwölf Tagen bedurfte, bis er bekam, und daß man dann wieder um zwölf Tage älter war und das Alter bedeutete sehr viel Elend für Leute seines Schlages.

Man konnte das fögliche ein Leben nennen. Nur sein Magen machte ihm Beschwerden. Das Schlacken des Steinstaubes war nichts für ihn. Er beschloß daher, einen anderen Staub zu atmen und ging wieder zum Kalköfen zurück, um Karren zu schieben. Die sanfte Wärme des Kalkes umfing ihn wieder. Die Loren waren schwer und heiß, und im Sommer mußte man Wasser trinken bis zum Platzen. Aber man platzte nicht, sondern verdiente 2,25 Franken oder sogar noch mehr pro Tag, denn man arbeitete im Stücklohn. Fünf Centimes für die Lorenladung vom Ofen bis zum Waggon. Oft brachte er es bis zum Abend auf mehr als 15 Ladungen, wenn auch sein Körper dabei sichtlich zugrunde ging. Nach der Tagesarbeit schleppte er sich mit müden Gliedern bis zum Weiler, wo Mutter und Schwester ihn froh begrüßten.

Die Schwester verdiente nun ihre fünf Sous täglich in der Schneiderei, Mutter und Bruder waren glücklich, daß sie ein Handwerk konnte. Sie würde ihrem Mann später schon mitverdienen helfen. Wenn Marie nicht dabei war, sprachen sie davon.

„... und wir hatten Hunger“, sagte die Mutter, „da haben wir uns Zwiebelsuppe gekocht, es geht uns jetzt in doch etwas besser, Gott sei Dank.“ (Fortsetzung folgt.)

## „Armut fördert die Verdauung“

Unter dieser Überschrift bringt der „Dortmunder Generalanzeiger“ nachfolgenden Gerichtsbericht aus einer Verhandlung der Dortmunder Strafkammer:

Im armer Teufel, vier Jahre alt, erkrankte eines Tages zwei Wochen lang auf der Bruckstraße. Man ließ ihn und stellte ihn unter der Anklage des schweren Diebstahls vor den Strafrichter. Vor Gericht behauptete er, er habe die Scheibe nur eingeworfen,

um festgenommen zu werden und so für den Weihnachtsmont gesichert zu sein.

In der polizeilichen und richterlichen Verhandlung hatte er allerdings gesagt, daß er einen Laubhieb habe verüben und aus dem Laub der Goldwaren warme Kleidungsstücke kaufen wollen. Das glaube auch der Staatsanwalt der bei den zahlreichen Vorstufen zehn Monate Gefängnis beantragte.

Der Angeklagte beteuerte in seinem letzten Wort, daß er sein halbes Leben hinter Gefängnismauern zugebracht habe, lediglich deshalb, weil

dem Vorbestraften die Zukunft ein für alle Mal verbaut

sei. Auch hier handele es sich um ein Notdelikt und er bitte um eine milde Bestrafung. Seine Verfehlung sei darauf zurückzuführen, daß er nach seiner schweren Maueroperation nicht mehr instande sei, die schwere Kost der Wohlfrühkuchen zu verdauen. Er erhalte lediglich eine Unterstufung von 7,83 Mk. wöchentlich und könne damit nach Abzug seiner Miete nicht die ärztlich verordnete Diät einhalten.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Nolling, erklärte, daß der geringe Bezug der Arbeitslosen wahrscheinlich äußerst vorteilhaft für ihn sei, da er dadurch zur vorgeschriebenen Diät gezwungen wäre; würde seine finanzielle Lage besser sein, so wäre seine Gesundheit weniger gefährdet. Landgerichtsrat Nolling erfuhr sich offenbar besser Gesundheit bei einem bestimmt luxuriöseren Leben.)

Das Gericht erkannte wegen versuchten schweren Diebstahls im Rückfall auf sechs Monate Gefängnis. Landgerichtsrat Nolling glaube feststellen zu müssen, daß ein Metzger, wie der Angeklagte, selten völlig arbeitslos werden könne, und der Einwand der Not bei dem Angeklagten nicht absolut durchgreifen könne.“

## Erdstöße in Manchester

Manchester, 14. Januar.

Nicht geringe Aufregung verursachten heute morgen vier heftige Erdstöße, die in der Stadt und in der näheren Umgebung deutlich verspürt wurden. Aufgeregte Frauen stürzten auf die Straßen, Fensterscheiben brachen klirrend, Möbelstücke wurden von der Stelle gerückt und einige leichtere Baulichkeiten auch beschädigt. Personen wurden jedoch nicht verletzt, und auch der Sachschaden ist nicht erheblich.

## Brand einer französischen Motorschaluppe

Paris, 14. Januar.

Die 300 t-Motorschuluppe „Präsident Briand“ ist heute im Hafen in Brand geraten und am Heck innen ausgebrannt. Die Ursache ist vermutlich Unvorsichtigkeit.

# Der Tote am Führerstand

### Sensationelle Aufklärung der Eisenbahnkatastrophe im Gütsch-Tunnel — Die Schuld trägt die Verwaltung der Bundesbahn

Wie erinnerlich, ereignete sich im Dezember in einem Tunnel zwischen Zürich und Luzern, dem Gütsch-Tunnel, ein durchgehender Eisenbahnzusammenstoß. Zwei Züge fuhren mitten im Tunnel mit ungeheurer Wucht ineinander. Die Untersuchung dieser Eisenbahnkatastrophe ist nunmehr abgeschlossen und hat eine sensationelle Erklärung für die Katastrophe zutage gebracht.

Es lag sich nämlich herausgestellt, daß der Lokomotivführer des einen Unglückszuges schon vor der Katastrophe einen Schlaganfall erlitten hatte und schon tot war, als die Katastrophe erfolgte.

Der Unglückszug wurde von einem Toten geführt, der für seine Tat nicht mehr verantwortlich war.

Bei der Aufklärung des Zusammenstoßes untersuchte man die Leiche des verunglückten Lokomotivführers Gilli. Dabei stellte man überraschend fest, daß der Zugführer nicht an den Folgen seiner Verletzungen gestorben ist, sondern einem Schlaganfall erlegen war. Gilli muß von dem Schlaganfall bereits zwischen den Stationen Zug und Luzern betroffen worden sein. Im Gefühl der Unbehagen öffnete er wahrscheinlich trotz des kühlen Wetters das rechte Fenster seines Führerstandes. Im Todesmoment hielt er noch immer den Tot-Mann-Hebel umklammert und sank seitwärts in die offene Fensterfüllung.

Mit dem sogenannten Tot-Mann-Knopf hat es bekanntlich seine eigene Bewendung. Die

Schweizer Lokomotiven werden aus Sparsamkeitsrücksichten nur noch von einem Mann bedient. Für den Fall, daß der Lokomotivführer erkrankt, hat man an dem Führerhebel einen Knopf angebracht, der sofort die automatische Bremsung des Zuges in Tätigkeit setzt, wenn der Führer den Hebel losläßt. Solange der Zug fährt, muß der Zugführer den Hebel festhalten.

In dem vorliegenden Fall hat der sterbende Lokomotivführer den Hebel aber nicht losgelassen, sondern ihn krampfhaft weiter festgehalten, so daß die Bremsen nicht in Tätigkeit treten konnte. Die Folge davon war die Katastrophe in dem Tunnel.

Es hätte auch zur Katastrophe kommen müssen, wenn der Zugführer freie Fahrt zum Bahnhof Luzern gehabt hätte. Mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometern wäre der Zug in die Halle gerast, hätte den Probloock überquert und wäre wahrscheinlich direkt in den Restaurationsräumen des Bahnhofs gelandet, weil niemand da war, der die Bremsen in Tätigkeit setzen konnte.

Die Schuld an dem durchgehenden Eisenbahnunglück trägt also allein die Verwaltung der Schweizer Bundesbahnen, die seinerzeit den zweiten Lokomotivführer abbaute. Das ist wohl auch der Grund, weshalb die zuständigen Stellen die Bekanntgabe des Obduktionsbefundes immer noch hartnäckig verweigern und die Öffentlichkeit nur auf Umwegen von der Aufklärung der Eisenbahnkatastrophe erfahren konnte.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII

Vom Bergübergang eröffnete sich uns ein weites Tal, braun und dunstig, mit dem matten Streifen der Wintersaat, mit kleinen Dörfern. In langen Vierecken dunkelten die trischen, noch warmen, oben gepflügten Felder. Diesen Streifen entlang krochen rasch, wie bläuliche Raupen, die Traktoren. Auf den Straßen, auf den Feldern, liefen in bunten Reihen Bauern und Bäuerinnen. Sie drängten sich auf den gepflügten Streifen und arbeiteten emsig auf dem noch nicht gepflügten Feld. Wir holten die laufenden Kinder ein, die schwer atmenden Frauen und Männer. Sie lachten uns zu, winkten uns mit den Händen und schrien etwas, was wir nicht verstanden. Diese Menschenmassen unten und diese dichten Reihen, die der Straße entlang zusammen mit uns aus den Dörfern, die in dem Tal verstreut waren, einherzogen, gleichen einer Prozession, doch sah dieser festliche Zug der Bauernleute ganz anders aus. Von jetzt ab sind die ehrwürdigen Messen gestorben; das Dorf schafft neue Volksversammlungen, die neuen Frühlings- und Sommerfeste der Maschinen, der Ernte, des Baumpflanzens, schafft eigene sozialistische Olympiaden.

Die Traktoren taten schweißfüllig, gleichmäßig und rasch, einer hinter dem anderen und zogen die Maschinen hinter sich. Die Erde strömte vor den Pflugscharen in dichten schwarzen Wellen zur Seite. In den Ohren piff der Wind, und es kam mir vor, als sägen die Massen unten, als schrien die Burschen, die Mädchen, die Kinder, die über

die Straße beln. Gespenstisch leuchteten die Propeller. Das waren die Traktoren, die heulten, ich aber sah in die blaue Höhe und suchte im durchsichtigen Blau Flugzeuge. Jemand in der Oede der vorjährigen Felder krochen angestrengt kleine Pferdchen, und Männer stolperten hinter ihnen einher. Das waren Bauern aus Einzelwirtschaften, die ihre kleinen Feldchen pflügten. Wjetrow zeigte schweigend mit der Hand auf sie und lachte dem Wind entgegen. Prochor brumnte mir weise ins Ohr:

„Das ist die Geschichte, die Grimassen schneidet. Ein kapriziöses Bettelweib.“

Wir fuhren mitten in die dichte Masse hinein und blieben vor den Feldküchen stehen. Sie dampften, und Frauen machten sich emsig am Geschirr zu schaffen. Bald wird zu Mittag gegessen werden. Wir wurden sofort von einer Menschenmasse überströmt. Eine Menge von Gesichtern, Bärten, Tüchern. Einige lachten uns gütigendlich zu. Andere blickten uns verschlossen von ferne an. Die Kinder liefen in Herden neben den Traktoren. Im Vorbeigehen sah ich die Tschuschkina, die in einem dichten Reigen von Frauen sah und mit dem üblichen Heiligenbild und ihrer Friedlichkeit auf dem Gesicht mit ihnen tratschte wie mit Freundinnen. Dann sah ich auch die Schischkowa, Kleine Mädchen, unsere und welche vom Dorf, raunten an uns vorbei. „Auch hier arbeiten die Traktoren, Prochor.“

„Pythisches Orakel! Die Poesie des Holzpfluges, des jahrtausendalten Gaultes und der rechtschaffenen, altertümlichen Arbeit ist stärker als unsere Traktoren. Der hungrige Getreidegott der Bauern ist grausam und langweilig. Er verzehrt nicht und rächt sich. Das ist nur der Beginn des Kampfes, der viel Opfer kosten wird.“

„Pythisieren Sie nicht, Prochor.“ Ich mag die stürmischen Optimisten nicht. Pädagogin; Sie sind gefährlich, wie Feinde.“

Bauern, Bäuerinnen und Bauernmädels sahen wie verzaubert der Arbeit der Maschinen zu und konnten sich von ihrem Anblick nicht lösen: ihre Gesichter, und ihre

Augen flogen selbstvergessen den Traktoren und dem stürmischen Wogen der Erde entgegen. Auch einige alte Männer und Frauen waren hier. Eine von ihnen, runzelig und zahlos, mit pockennarbigem Kinn, saß auf der Erde, ihre Füße in Bastschuhen ausstreckend, kaute Brot und zwinkerte auf ihre Bastschuhe hinab. Sie erblickte mich plötzlich, schüttelte mit einer Bewegung die Feuchtigkeit aus ihren Augen und klopfte mit ihren verkrüppelten Fingern auf das vorjährige, in Verwesung getratene Gras.

„Das ist alles Teufelsbrut ... Teufelsbrut, Mütterchen ... die heilige Jungfrau hat uns Sündige verlassen. Jesus Christus duldet ... duldet ... duldet ... Aber endlich wird er losfahren ... dem Unreinen, dem Teufel, die Hörner brechen ... ihn zermahlen ... Der Allmächtige wird mit seinem Gericht über uns kommen.“

Sie blickte auf ihre Füße, kaute mit zahnlosem Mund das Weiche des Brotes und bekreuzigte sich.

„Wie wir uns zu unserer Zeit vor der Sünde fürchteten! ... Gott fürchteten; den Popen haben wir mit Ehrfurcht empfangen ... und jetzt ... Teufelsperle ... schau mal, wie sie den Leib der Erde verstümmeln ... Mit Donner, mit Feuer, mit Blitz.“

Ein junges Mädchen trat zu mir und preßte sich mit ihrer Schulter leidenschaftlich an mich. Sie schaute auf die Alte und lächelte. Was will diese Ruine hier? Die Mädchen lachten und unterhielten sich über die Alte. Menschliche gebrüchliche Altersschwäche ist nicht allein traurig, sie ist lächerlich, wie eine abschreckende Verzerrung des Lebens.

„Großmütterchen, es wäre Zeit, daß du stirbst, und du bist soviel Wurst gegangen, um herzukommen. Wozu?“

Sie blickte mich wie eine Hexe an und zeigte in einem Grinsen ihre zahlosen, grauen Kiefern. Ertiger Speichel floß über das pockennarbiges Kinn.

„Wer bist du? Was machst du hier auf unserer Erde? Diese Erde ist mit meinem Blut und meinen Tränen getränkt. Wie oft gebor ich hier, gerade auf dieser Stelle! ...“

Und du, du Dünnebeinige, du Bachstelze, du verunreinigst hier meine Erde.“

Sie begann wieder zu kauen und schaute auf ihre Füße. Die Mädchen, Burschen und Frauen lachten sie aus.

Die Mitglieder der Kollektivwirtschaft gingen in Haufen hinter Wjetrow über das Feld, mit der Sicherheit guter Wirte, in stolzer Erregung. Sie besprachen mit Wjetrow die Möglichkeit der Anschaffung von Maschinen und hielten um die Bürgerschaft der Kommune. Wjetrow rief laut und fröhlich:

„Ihr werdet nicht ohne Maschinen bleiben! Ja, nun! Vorläufig stehen euch unsere Maschinen zur Verfügung. Kommt zur gemeinsamen Sitzung der Sowjets!“

Sie gingen über das Feld hinter den Traktoren her und konnten ihre entzückten Blicke nicht von den Pflügen wenden, die schwarze Erdmassen auf das heiße, brodelnde Feld warfen.

Auf einem der brüllenden Traktoren sah Glascha und handhabte siegesicher das Steuer. Hinter ihr liefen junge Mädchen über das Feld und schrien ihr kreischend nach. Eine von ihnen, ein lahmes Mädchen, blieb hinter der Schar zurück und hinkte komisch, allein, aber trotzig und hartnäckig, nach.

Die Frauen gackerten wie die Hennen, die Bauern sprachen laut, besorgt und streng.

„Schaut nur, schaut nur, Weiber ... schaut die Erde an ... Wie sie wagt. Wie sie wagt!“

„Was geschieht jetzt mit unseren Gärten? Sollen die am Ende gar krepieren?“

„Die Kommunisten, die haben nichts zu tun ... die werden immer fetter ... die Maschinen arbeiten für sie ... und auch die Kinder nimmt man ihnen ab ... schaut mal ihre Pressen an ... wie Zuchtstuten im Stall ... sie wiehern nur und spielen ...“

„Laß das doch, Gevatterin! ... Das ist nur Geschwätz ... Der Kinderhort ist ein Segen für uns ... erst jetzt kann ich aufatmen ...“

„Schweig nur, du Räudefel! Ich soll mein Kind in den Hort geben? ... Verflucht und verdummt soll ich werden, wenn ich wie ein Kuckuck an meinem Kind handle! ... Gott, der Herr, soll mich strafen! Sie sind doch keine kleinen Katzen!“ (Fortsetzung folgt.)

# Der Haniel-Konzern lüftet sein Visier

Der Abwehrkampf zur Verhinderung der Stilllegung der Zeche „Sachsen“ hat eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Gewaltigen des Haniel-Konzerns beabsichtigen eine Schachtanlage gegen die andere auszuspielen. Die Tagespresse berichtet, daß die Zecheverwaltung von Rheinpreußen am 9. Januar eine Anzahl Behörden und Pressevertreter zu einer Besprechung eingeladen hat. Die Besprechung hatte als Gegenstand die Frage, ob die Zeche „Sachsen“ oder aber „Neumühl“ oder „Rheinpreußen“ stillgelegt werden soll. Mit dieser Fragestellung hat man die Maske fallen lassen. Der Zweck der Fragestellung ist zu durchsichtig, als daß man nicht merkt, wofür die Reise geübt soll.

Nachdem der Haniel-Konzern, gezwungen durch die breite Protestaktion der in ihrem Existenz bedrohten Bevölkerung von Heelen, von der geplanten Stilllegung Abstand nehmen mußte, erweitert er jetzt seine Angriffe auch auf die Schachtanlagen „Neumühl“ und „Rheinpreußen“.

Eine ungeheure Empörung hatte sich der gesamten Bevölkerung von Neumühl bemächtigt, als die geplante Stilllegung bekannt wurde.

Eine Stilllegung der Zeche „Neumühl“ ist gleichbedeutend mit dem „Brotdas“-werden von 2400 Arbeitern!

Darüber hinaus aber werden noch Hunderte von kleinen Geschäftsleuten schwer getroffen. Der Haniel-Konzern erklärt heute schon, selbst wenn die beabsichtigte Stilllegung nicht durchgeführt wird, muß eine Reduzierung der jetzt noch 2400 Mann betragenden Belegschaft auf 900 vorgenommen werden.

Hamborn bringt die alarmierende Nachricht, daß sämtliche Beamten der Schachtanlage „Neumühl“ zum 30. Juni, infolge der geplanten Stilllegung, gekündigt wurde.

In einer Besprechung über die Stilllegung der Schachtanlage „Neumühl“, die in Hamborn stattfand, hat nach dem „Duisburger General-Anzeiger“, der Syndikus des kaufmännischen Einzelhandels, Dr. Unterberg, sich zu einer bedeutsamen Redewendung hinrichten lassen. Er erklärte:

„Daß im Gegensatz zu den Zechen „Neumühl“ und „Rheinpreußen“, die Zeche „Sachsen“ in Heelen bei Hamm, die ebenfalls wie „Neumühl“ und „Rheinpreußen“ zum Haniel-Konzern gehört, nicht rentabel sei und daß es somit ein wirtschaftlicher Unsinn sein würde, wenn man eine unrentable Zeche weiter betriebe und dafür zwei rentable Zechen mit Qualitätskohle teilweise stilllegt.“

An der Besprechung, wo diese Worte gefallen sind, nahmen alle Parteien von der SPD bis zur NSDAP teil, auch die Gewerkschaften waren vertreten. Aber die SPD sowohl als die Gewerkschaften fanden keine Worte des Protestes. Im Gegenteil, der „DGA“ behauptet hierüber:

„Diese Informationen folgte eine lebhaft ausgeführte Aussprache, an der sich insbesondere die Vertreter der politischen Parteien — P. D. G., Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten — und der Gewerkschaften beteiligten, die sämtlich dieser Ansicht waren: Wenn schon die Stilllegung einer Zeche des Haniel-Konzerns nicht vermeidbar sei, dann solle das kleinere Übel gewählt, d. h. die am wenigsten rentable Zeche, also die Zeche „Sachsen“, stillgelegt werden.“

Eine solche Auffassung sich zu eigen machen, heißt im voraus vor den Gewaltigen des Haniel-Konzerns zu kapitulieren. Einen Kampf aufzugeben, ehe man alle Möglichkeiten des Abwehrkampfes ausgenutzt hat, ist gleichsetzen mit Feigheit und Angst vor dem Knüttel. Heißt aber auch den Grubenbaronen ein Spiel erleichtern, ist eine Aufforderung zum weiteren brutalen Vorgehen gegen die Belegschaft.

Der Betriebsrat von „Rheinpreußen“ behauptet, daß der Betriebsführer auf seine Anfrage hin erklärt hat, daß die Verhandlungen über die Stilllegung von „Rheinpreußen“ noch im Gange seien. In einer in Homburg durchgeführten Besprechung mit der bürgerlichen Presse verlangte Dr. Kosterneut die Stilllegung der Zeche „Sachsen“.

Diese Forderung von Dr. Kost fand die Unterstützung der Behörden des Kreises Mörs, die ganze Offensive gegen „Neumühl“ und „Rheinpreußen“ kann man immer wieder stellen, es geht um die Stilllegung der Zeche „Sachsen“, die man unter allen Umständen durchführen will. Bei allen Besprechungen spielt die Rentabilität der Zeche „Sachsen“ eine Rolle. Ist „Sachsen“ wirklich rentabel? oder sollte sich hinter den Begründungsandrohung nicht der Wunsch der übergewaltigen verborgen, auf Grund der Notverordnung einen 20-prozentigen Zuschuß für diese „gefährdeten“ Betriebe zu erhalten. Die Zeche „Sachsen“ ist rentabel. Der Hintergrund der Stilllegungsfrage ist ein ganz übler, spekulativer Aktienkauf, bei dem der bekannte Spekulant Otto Wolf die treibende und ausführende Kraft gewesen ist.

Die Zeche „Sachsen“ ist kurz vor dem Abgründe abgeteilt worden und hat sich im letzten Augenblick zu einer der modernsten Schachtanlagen des Ruhrreviers entwickelt. Die gesamten Tagesanlagen sind nach dem neuesten Stand der Technik ausgebaut. Die Anlagen bestehen aus zwei Schächten mit einem Deppelfördergerüst nebst Schachtanlagen, an die sich bei Schacht I die Kohlenbahn anschließt. Die Syndikatsquote beträgt 1.160.000 t Kohlen und 300.000 t Koks. Ein besonderer Interesse ist, daß durch die Kernergasse der Zeche „Sachsen“ und der benachbarten Zeche „de Wendel“, die ebenfalls stillgelegt werden soll, im wesentlichen die Gasstrecke der Ruhrgas-AG nach Han-

nover gespeist wird. Dr. Unterberg erklärte in Hamborn, die Qualitätskohlen liefern „Neumühl“ und „Rheinpreußen“. Demgegenüber steht fest, daß „Sachsen“ eine hochwertige Gaskohle liefert.

Das Ruhrkohlsyndikat interessiert nicht immer die Qualitätskohlen, das beweist der Fall der Zeche „de Wendel“. Das Ruhrkohlsyndikat verschleudert weit unter dem Selbstkostenpreis, das Ruhrbergbau seinen Koks in Frankreich und Lothringen, so daß die französischen Besitzer der Zeche „de Wendel“ an dem Weiterbetrieb der Zeche „de Wendel“ kein Interesse mehr haben. Würden beide Zechen, „de Wendel“ und „Sachsen“, stillgelegt, so tritt in Erscheinung, daß die Ferngaslieferung nach Hannover mindestens auf geraume Zeit gefährdet wird. Eine andere Gefahr muß hier noch erwähnt werden, und zwar, daß durch die Stilllegung der Zeche „Sachsen“ die Nachbazeche „Rudolf“ durch den mit Sicherheit zu erwartenden stärkeren Wasserzufluß in ihrer Existenz und Rentabilität gefährdet wird und dadurch die Gefahr der Stilllegung auch dieser Zeche heraufbeschworen wird.

Zur Frage der Rentabilität noch ein Moment. Zu Anfang des Jahres betrug die Leistung je Mann und Schicht im Monat nur

1,37, so ist im Monat Oktober des vergangenen Jahres auf 1,47 t gestiegen. Im Monat November betrug sie über 1,50 t, des weiteren ist damit zu rechnen, daß durch das neuerdings maschinelle Abbaufahren die Leistung noch gesteigert wird.

Hinter dieser prozentualen Steigerung verbirgt sich das Antreibersystem nicht mehr, sondern kommt klar und eindeutig zum Ausdruck. Der Fall „Sachsen“ beweist uns jeder, wessen der brutale Privatkapitalismus fähig ist. Doch auch die Verstaatlichung des gesamten Bergbaus wird in der Frage der Ausbeutung nichts ändern. Für viele ist in die Verstaatlichung schon ein Stück „Sozialismus“. Hüten wir uns, zu glauben, daß uns durch die Verstaatlichung des Bergbaus eine wesentliche Hilfe oder überhaupt Hilfe gebracht wird. Wir haben uns als Proletariat auf uns selbst zu besinnen. In den Abwehrkämpfen, die die kommenden Wochen in den Stilllegungsskandalen dem Ruhrproleten bringen, müssen wir zum geschlossenen Abwehrkampf bereit sein. Bereit sein, den Solidaritätskampf aufzunehmen, denn das Schicksal der Arbeiter von den Schachtanlagen „Sachsen“, „Neumühl“ oder „Rheinpreußen“ wird morgen schon das Schicksal der Belegschaft einer anderen Zeche sein. m. d.

## Aussperrung von 10 000 Berg- und Hüttenarbeitern

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Dortmund, 15. Januar.

e. h. In der Siegerländer Berg- und Hüttenindustrie werden bereits seit längerer Zeit Lohnverhandlungen geführt, die bisher aber im Wege der freien Vereinbarung kein Ergebnis hatten. Der Arbeitgeberverband lehnte jedes Entgegenkommen ab und bestand auf dem von ihm vorgeschlagenen Lohnabbau. Die Verhandlungen sind jetzt endgültig gescheitert. Die Unternehmer haben ihrerseits ein Lohndiktat erlassen, bei dessen Ablehnung sie mit der Generalaussperrung drohen. Nach den Mitteilungen der Unternehmer an die Arbeiterschaft sollen in Zukunft alle Akkord- und Prämien-Sonderzulagen fortfallen. Ebenso die Sozialleistungen, Kindergeld usw. Die Löhne sollen folgendermaßen gestaffelt werden: Facharbeiter, 30 bis 55 Pfennig pro Stunde, das ergibt einen Wochenlohn von 17,28 Mark im Durchschnitt; angelernte Arbeiter, 13 bis 50 Pfennig pro Stunde das ergibt einen Wochenlohn von 12,45 Mark im Durchschnitt; Hilfsarbeiter, 11 bis 45 Pfennig pro Stunde, das ergibt einen Wochenlohn von 11,27 Mark im Durchschnitt; Arbeiterinnen, 11 bis 30 Pfennig pro Stunde, das ergibt einen Wochenlohn von 8,50 Mark im Durchschnitt; Lehrlinge, im ersten Jahre 2,80, im zweiten Jahre 3,60, im dritten Jahre 5,20, im vierten Jahre 6,40 Mark die Woche.

Wird dieses Diktat durchgesetzt, so ergibt sich

daß die hier angeführten Löhne nicht einmal an die Höhe der Arbeitslosenunterstützungssätze heranreichen.

Die Löhne würden nach diesem Abbau um die Hälfte der im Jahre 1924—1929 gezahlten Löhne reduziert!

Die Belegschaften haben mit übergroßer Mehrheit das Lohndiktat abgelehnt. In einer Urabstimmung im Geisweider Eisenwerk stimmten 90 Prozent der Belegschaft gegen die neuen Lohnsätze. Die Belegschaften in Eichen läßtten gleiche Beschlüsse. Die Erwerbslosen brachten in ihren Versammlungen zum Ausdruck, daß sie jede Arbeit, die ihnen eventuell während der Aussperrung durch die Arbeitsämter zugewiesen wird, ablehnen. Von einer Aussperrung werden etwa 10 000 Arbeiter betroffen.

### Verschärfung des Siegerländer Lohnstreikes

Siegen, 16. Januar.

WTB. Der Siegerländer Lohnstreik hat durch einen Beschluß der Belegschaft des größten Werkes der Vereinigten Stahlwerke im Siegerlande, des Blechwalzwerkes in Wissen, eine Verschärfung erfahren. In diesem Beschluß lehnt die Mehrheit der Belegschaft die Vertragsbedingungen der Arbeitgeber ab, so daß nunmehr damit zu rechnen ist, daß am heutigen Montag auch das Walzblechwerk in Wissen, das 2400 Personen beschäftigt, zum Stillstand kommt.

## Erwerbslosen-Protest-Bewegungen gegen Unterstützungsraub in der Amtshauptmannschaft Zwickau

Wilkau, im Januar.

In einer ganzen Reihe von Orten, so in Niederhaußlau, Cainsdorf, Pläntz, Reinsdorf usw. haben die Erwerbslosen gegen das Abbau-Diktat des Amtshauptmanns von Römer sich zu wehren begonnen. Die Wohlfahrts-Erwerbslosen, von denen große Teile überhaupt keine Unterstützung durch diese Maßnahmen mehr erhielten, oder teilweise durch die Auszahlung von „Beträgen“, bis herab zu 25 Pfg. wöchentlich (!!!), verhöhnt wurden, zogen vor die Rathäuser und verlangten die frühere Unterstützung.

Den Höhepunkt bis zum Einsatz der Staatspolizei erreichte die Bewegung in Wilkau. Bereits am Sonnabend, den 7. 1., als Hunderte von Erwerbslosen nichts, oder nur Pfennige erhielten, begann der Protest. Es wurde eine Delegation von 2 SAPs, 2 KPDs und 1 Reichsbannermitgliedern zum stellvertretenden Bürgermeister Päckert, dem sozialdemokratischen Bezirkssekretär geschickt. Dieser erklärte sich zunächst — obwohl eine Anweisung vorlag, bei starkem Druck der Erwerbslosen, auszuzahlen (!!) — auferstande etwas zu tun. Später stellte er einen Betrag aus Nothilfemitteln zur Verfügung.

Am Montag setzte sich die Bewegung fort. Jetzt wurden allerlei Ausflüchte gemacht. Der andere Stellvertreter des Bürgermeisters, ein Nazi, erklärte sich schließlich bereit, wenn er Vollmacht erhalte, auszus zahlen. Später nahm er das zurück. Am selben Tage zogen die Erwerbslosen erneut ins Rathaus, bißten die Sowjetfahne und verhandelten. Sie erhielten nichts. Hierauf drangen sie ins Zimmer des Bürgermeisters ein. Jetzt flüchtete Päckert und holte die Polizei. Diese drohte, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn das Rathaus nicht geräumt würde!

Am Dienstag erreichte die Bewegung zu-

nächst den Höhepunkt. Nachmittags fand eine Versammlung der Erwerbslosen statt, in welcher die Forderungen der Erwerbslosen aufgestellt wurden, die abends dem Gemeindevorstandeskollegium vorgelegt werden sollten. Außerdem wurde ein Ausschuß aus 3 SAPs, 3 KPDs und 1 Reichsbannermitgliedern gewählt. Bei Beginn der Gemeindevorstandes-Sitzung verlangten wir, daß die Sitzung der ganzen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Die Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazileuten ab. Diese selbe Front stimmte alle Aussetzungs-Erwerbslosen und Protestanttrüge nieder! Durch die Provokationen Päckerts und des SPD-Vorstehers kam es zu fortwährenden Tumulten. Eine Reihe von Zuhörern wurde mit Polizeigewalt durch den Vorsteher hinausgewiesen.

Inzwischen wuchs drauffen die Menge der Einläufigen. Nachdem durch die Ortspolizei bereits ein Arbeiter blutig geschlagen wurde, wußte sich derselbe Sozialdemokrat Päckert, der noch am Sonnabend demagogisch erklärte, „sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen“ keinen anderen Rat, als die Sipo zu rufen. Diese ging brutal vor und schlug Demonstranten und Passanten nieder. In einem Arbeiterlokale wurden die Anwesenden nach Waffen durchsucht. Die Schuld für diese Vorfälle trägt die SPD, die verhinderte, daß die Sitzung vor der Öffentlichkeit stattfand. Sie würgte dann die Erwerbslosen mit den Fäustchen ab. Ihr elender Kompromißvorschlag, sich nach den ministeriellen Richtlinien zu verhalten, wurde gleichfalls mit Nazi-Bürgerlichen und SPD-Stimmen angenommen. Die Erwerbslosen werden sich damit nicht zufrieden geben können. Sie fordern und werden dafür kämpfen, daß ihre aufgestellten Forderungen durchgesetzt werden. Sie werden sich durch die Zörrgiebeieren der SPD nicht irre machen

lassen. Ihre Forderungen lauten: Für die Auszahlung der vollen Unterstützung, gegen jede Anrechnung des Einkommens von Familienangehörigen bei allen Unterstützungsempfängern; warmes Mittagessen für alle Erwerbslosen durch die Gemeinden, für Arbeit und Brot!

Die SAP hat diese Forderungen zu ihren eigenen gemacht und wird mit allem Nachdruck dafür kämpfen. Am kommenden Mittwoch soll eine Demonstration der Erwerbslosen des gesamten Wirtschaftsgebietes stattfinden. Es gilt in allen Orten des Zwickauer Gebietes, dafür die Vorbereitungen zu treffen.

Das „Volksblatt“, die SPD-Zeitung, entfaltet jetzt eine widerliche Hetze gegen die Erwerbslosen. Nachdem es wochenlang den Erwerbslosen einzureden versuchte, daß die Verhandlungen der SPD-Abgeordneten, Sekretäre und Bürgermeister, mit der Regierung, dem Ministerium und allen möglichen Instanzen schon den Erfolg bringen würden und so die Erwerbslosen vom Kampfe abhelft, versucht man jetzt mit einer elenden Hetze „gegen die von den Kommunisten und Linksradikalen verhetzten Gemüter“ den Kampf der SPD-Anhänger zu verhindern. Sie nennen den Kampf der Erwerbslosen ein „verbrecherisches Spiel!“ Die weitere Entwicklung wird die elende Büttelrolle der SPD, den Arbeitern und Erwerbslosen aber entfallen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen diesen Kapitalistenknechten für ihren Verrat im Kampf und für die niedergeschlagenen Proleten den Lohn geben, dieser kann nur sein: Hinweg mit ihnen!

### DMV-Vertreterwahlen in Dortmund

Die Vertreterwahlen im DMV Dortmund hatten in diesem Jahre folgendes Ergebnis:

Bezirk	SPD Stimmen	Opposition Stimmen
1	152	48
2	91	31
3	68	12
4	44	21
5	19	9

Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich ein erheblicher Stimmenzuwachs der Opposition. Dieser Zuwachs wäre noch bedeutender, wenn die KPD statt ihrer verhängnisvollen RGO-Politik eine beständige ernsthafte innergewerkschaftliche Oppositionsarbeit geleistet hätte. Unter dieser Voraussetzung und bei Berücksichtigung der Tatsache, daß die KPD in Dortmund am 6. November 100 000 Stimmen erhielt, müßte es ein Leichtes sein, die Mehrheit der Mitglieder für die Opposition zu gewinnen.

Die KPD-Metallarbeiter waren bei diesen Wahlen vernünftig genug, in den Bezirken, wo sie zahlenmäßig zu schwach waren, mit den SAP- und KPO-Genossen gemeinsam auf eine Liste zu gehen. In den anderen Bezirken stimmten unsere Genossen für die Liste der KPD. e. h.

### Betriebsratswahlergebnis

e. h. Auf der Schachtanlage „Constantin 12“ in Bochum fanden in diesen Tagen Betriebsratswahlen statt. Die Belegschaft dieser Zeche war im Mai vergangenen Jahres entlassen und der Betrieb stillgelegt worden. Die Entlassung der Belegschaft erfolgte jedoch nur zu dem Zweck, um alle unliebsamen Personen auszuschalten, denn kurze Zeit nach der Stilllegung wurde der Betrieb wieder aufgenommen und vornehmlich solche Arbeiter wieder eingestellt, die als unbedingt zuverlässig galten. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist das nachstehende Wahlergebnis als ein Erfolg des Bergbau-Industriearbeiterverbandes zu betrachten. Es erhielten:

	Stimmen	Mandate
Bergbau-Industriearbeiterverband	66	3
„Deutsche Arbeiter“	37	2
Nationalsozialisten	17	0

### Aussperrung im Hafen von Le Havre

Der Unternehmerverband hatte gestern wie gemeldet, die Aussperrung der Hafenarbeiter beschlossen. Da dieser Beschluß heute durchgeführt wurde, konnten mehrere Dampfer den Hafen von Le Havre nicht mehr anlaufen. Der deutsche Dampfer „Oliva“ ist nach Bremen weitergeleitet worden.

### Protest!

„Die am 12. Januar im Rahmen der ‚Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen‘ tugenden Berliner Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre erheben flammenden Protest gegen die Verhaftung und unmenschliche Folterung des Vorsitzenden der Allchinesischen Arbeiterföderation Huanping.“

Sie verlangen nicht nur, daß die geplante Hinrichtung nicht vollstreckt, sondern Huanping sofort in Freiheit gesetzt wird.“

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau inserat. Herbert Schoz, Breslau, Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Gruppenstr. 7

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten, an Walter Geburt, Breslau, Gartenstr. 21, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 102 92

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2 10 und RM 0 36 Zustellgebühr. Durch den Veria: bezogen RM 2 10 und RM 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2 10 zuzüglich RM 1 30 Porto monatlich

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02